

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39

Freitag den 15 Februar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 13. Februar 1901.

48. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Thielens.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Seine (S.D.): M. H. Der preussische Justizminister Herr Schönstedt hat in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhanles vom 8. Februar persönliche Angriffe gegen mich gerichtet, in denen er von groben Unwahrheiten und in hypothetischer Form von frechen Lügen spricht. Ich kann diese Angriffe nicht völlig unbeachtet lassen, weil dieser Herr nicht bloß preussischer Justizminister, sondern auch Mitglied des Bundesraths ist. Als Herr Dr. Schönstedt mich so angriff, war ja hier im Hause die Diskussion über den Gehalt des Staatssekretärs des Reichsjustizamts schon geschlossen, ich habe also vorläufig keine Möglichkeit mehr, eingehend sachlich zu antworten. Ich kann heute nur erklären, daß ich die Angriffe des preussischen Justizministers zurückweise. Sie sind, ganz abgesehen von ihrer Form, sachlich unerschütterlich. Da Herr Dr. Schönstedt mich Dinge sagen läßt, die ich nie gesagt habe. Ich behalte mir vor, bei der dritten Lesung des Reichsjustizgesetzes mit diesem Herrn Dr. Schönstedt abzurechnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats für die Verwaltung der Eisenbahnen. Die Berathung steht bei den „Einmaligen Ausgaben“ des Extraordinariums.

Dr. Baasche (M.): Es werden weitere Raten gefordert nach in Fällen, wo die ersten Raten noch nicht verbraucht sind. Das ist besonders bedauerlich in einer Zeit, wo es gilt, den Anleihebedarf möglichst herabzubringen. Die Kommission hat deshalb vorschläge die zweiten und dritten Raten gekürzt, wo die erste noch nicht verbraucht war.

Minister v. Thielens bittet die Dispositionen der Bauverwaltung nicht durch Ablehnung der zweiten und dritten Raten zu ändern.

Das Haus beschließt bei den einzelnen Forderungen nach den Vorschlägen der Budgetkommission.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Es folgt die zweite Veratung der China vorlage. Die Kommission beantragt, den Nachtragsetz zu bewilligen.

Ohne Debatte werden die Ausgaben für die China-Expedition in Höhe von 152 770 000 Mark genehmigt, darunter die Kosten für eine Medaille für die Teilnehmer an der Expedition in Höhe von 70 000 M.

Es folgt die Veratung folgender von der Kommission vorgelegenen Resolution: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß in dem die Wirren in China abschließenden Staatsvertrag die Freiheit der christlichen Religionsübung in China ausbedungen und unter dem Schutz der bei dem Vertrag beteiligten Staaten gestellt werde.“

Bebel (S.D.) beantragt für den Fall der Annahme dieser Resolution folgenden Zusatz zu derselben: „Den Missionaren ist die Verpflichtung aufzuerlegen, sich weder in die wirtschaftlichen, noch politischen oder politischen Angelegenheiten des chinesischen Reichs und ihrer Bevölkerung einzumischen, insbesondere sich nicht den Charakter chinesischer Beamten oder Würdenträger beizulegen oder beizulegen zu lassen.“

Bebel (S.D.): Den Missionaren darf allenfalls das Recht nicht werden, religiöse Propaganda zu treiben, aber im übrigen sind den Missionaren für das, was sie thun, die volle Verantwortung überlassen bleiben. Die Resolution ermöglicht es aber, daß man eine der bei dem Vertrag beteiligten Regierungen zu klären kommt, daß die Chinesen, die Christen geworden sind, nicht schädigt werden, die fremde Macht das Recht haben soll, die christliche Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Ein solcher Standpunkt würde dazu führen, daß wir aus den Missionen gar nicht herauskommen. Unzweifelhaft ist, daß ein erheblicher Theil der Konflikte, die in China ausgebrochen sind, sich das Verhalten der Missionare der verschiedenen christlichen Religionsgemeinschaften provokiert worden sind. Es ist das allerdings bestritten worden, ich habe aber hier eine Reihe von Belegen für, die ich zur Kenntniß des Hauses bringen muß, weil sie von Männern herrühren, die in China in hervorragender Stellung gethätig sind. Sie alle stimmen darin überein, daß das Verhalten des Theils der Missionare eine sehr erhebliche Schuld an den Wirren trägt. Der deutsche Marineattaché Dr. Eichheim hat die Ursachen der Chinawirren geklärt, daß sich die Missionare zum Christenthum übergetretenen Chinesen annehmen und daß diese diese Schutzherren einen furchtbaren Grimm im Volke gegen die sämtlichen „fremden Feinde“ erregt hat. Die Missionare haben die Chinesen, die Christen geworden sind und die nicht immer die besten Brüder sind, selbst in Sachen, die mit dem christlichen Bekenntniß nichts zu thun haben. Die Missionare gehen ihre Schlingel, wenn diese angeklagt sind, sogar vor Gericht. Hört es etwa zum Behen der Mission, daß die Missionare mit der Autorität der Verbrechen decken dürfen? Die Autorität der Missionare ist nicht gering, sie dürfen sogar Beamten-tugungen tragen und helleiden unter Umständen einen höheren Rang der zukünftigen Richter. Da lassen die Richter einen chinesischen Richter über laufen, an sich nicht Verwicklungen anzuknüpfen. Besonders von den katholischen Missionaren wird die Rechtepflege in dieser Weise beeinflußt. Denken Sie sich einmal solche Zustände an Lande. Welche Entrüstung würde hier ausbrechen. Nun, Chinesen sind auch Menschen und stehen nicht auf so niedriger Stufen, wie Sie fortgesetzt behaupten. Jetzt, wo sich diese Verhältnisse ein wenig geklärt haben, geht aus zahlreichen Vorbringen hervor, daß die Kultur des ganzen chinesischen Reichs, seine Wohn- und Lebensweise, fast keine

künstlichen Anschauungen weit höher stehen, als es bei einem großen Theil der deutschen Bevölkerung leider der Fall ist. (Hört! hört! bei den Soz.) Ich habe hier ferner einen Artikel der „Neuen bayrischen Zeitung“ darin wird von „chinesischen Christen“ in Ausführungszeichen gesprochen, d. h. von Leuten von sehr zweifelhaftem Charakter, die Christen würden, und gegen die sich der allgemeine Unwille richtet. In dem Artikel wird gesagt, daß eine Menge schlechter Subjekte Christen würden, in dem Glauben, Strafslosigkeit für ihre Verbrechen zu erhalten. Dies Zeugniß eines Zentrumsblattes sollte Ihnen zu denken geben. In einem Artikel aus der „Breitengauer Jtg.“ schreibt der Verfasser, der Hofrath in Freiburg im Breisgau ist: Wer je Zeuge von der Intoleranz und Habgier der christlichen Missionare im Lande der Mitte war, wundern sich nicht, daß den langmüthigen Chinesen endlich die Geduld ausging. (Hört! hört! bei den Soz.) In dem Artikel heißt es weiter: Jeder Chinese, der etwas auf dem Kerbholz hat, wird einfach Christ. Die betreffende Mission nimmt sich seiner Sache an. — Eine neue Bestätigung der Richtigkeit meiner Auffassung von der Thätigkeit der Missionare. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und nun das Urtheil des Herrn v. Brandt, der viele Jahre deutscher Fremdenhofs auf die Thätigkeit der christlichen Missionen zurück und erklärt, wenn keine Veränderung in den Missionen eintritt, würden wir in 10 Jahren wieder vor einer Krise stehen, die die jetzige an Umfang und Schrecken noch übertreffen dürfte. Herr v. Brandt sagt weiter 2/3 der Arbeiten der Gesandtschaften und Konsulate sind durch Beschwerden und Ansprüche der Missionare veranlaßt worden. Die Missionare mischen sich eben überall ein und glauben ein Recht dazu zu haben. Auf die Rolle, die der katholische Bischof Anzer in Schantung gespielt hat, habe ich schon bei der ersten Lesung hingewiesen. Herr Bacher hat meine Ausführungen als falsch hinzustellen gesucht, inzwischen ist aber durch eine Broschüre des Pfarrers Rohrbach bewiesen worden, daß Bischof Anzer seine hervorragende Stellung als Missionar zu politischen Agitationen mißbraucht und dadurch ein gut Theil der Mißstimmung gegen Deutsche und Christen in Schantung verurlicht hat. Die Missionare wollen die Chinesen für die christliche Religion gewinnen. In dieser Absicht wollen wir ihnen kein Hinderniß in den Weg legen, wir protestieren nur dagegen, daß die staatliche Autorität mit ihrer Macht eintreten soll, um mit schweren Opfern wieder gut zu machen, was die Missionare verdorben haben (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich bitte Sie, unseren Zufuß anzunehmen, wenn Sie die Resolution der Budgetkommission beschließen wollen. Sie begrenzt die Thätigkeit der Missionen auf das religiöse Gebiet, auf den Boden ihrer Thätigkeit. Wir müssen doch festhalten, daß wenigstens ein Theil der Missionare in China eine Rolle gespielt hat, die sich kein sogenannter Kulturstaat auf die Dauer würde gefallen lassen. Wir können Tausende von Meilen von China entfernt unmöglich prüfen, wenn ein Missionar ermordet oder mißhandelt ist, ob nicht vorher Dinge geschehen sind, die das Volk zu solcher Brutalität gereizt haben. Im Grunde ist ja der Chinese ein toleranter Mensch und ein großer Theil der oberen Klassen der Chinesen besitzt das, was wir in Europa mit „Atheismus“ bezeichnen. Nehmen Sie meinen Antrag an. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Graf Stolberg-Wernigerode (R.): Gewundert habe ich mich, wie Herr Bebel die Chinesen und uns als gleichberechtigte Parteien hingestellt hat. Auf diesen internationalen Standpunkt kann ich mich nicht hinaufschwingen. (Bachen bei den Sozialdem.) In Wirklichkeit hält er selber die Chinesen nicht für gleichberechtigt, denn er will ihnen den Schutz verweigern, der dem Kaufmann und dem einfachen Reisenden gewährt wird. Die Resolution will nur den Zustand wiederherstellen, der vor den Unruhen bestand. Wenn wir fremden Völkern mit unseren Konsulaten nicht auch unser Christenthum bringen, dann ist unsere Kolonialpolitik nicht einen Schuß Pulver werth! (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Bezüglich des Antrages Bebel kann ich erklären, daß es mir unendlich erscheint, von der Regierung zu fordern, sich in die Verhältnisse der Missionen einzumischen und sogar die Kleidung der Missionare zu kontrollieren. Ich bitte, die Resolution anzunehmen, den Zusatzantrag Bebel aber abzulehnen. (Bravo! rechts und im Centrum.)

Bacher (S.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners über die Resolution an. Es ist ein von allen Seiten anerkannter Grundlag, daß die Kulturmissionen nicht nur die christlichen Missionare zu schützen, sondern auch einzugreifen habe, wenn die für das Christenthum geworbene Bevölkerung massenhaft wird. Und als die christlichen Armenier massenhaft wurden, hat selbst Herr Bebel den Mächten sehr energisch den Rzt geseien, weil sie nicht eingriffen. Demals konnten sie es aber nicht. Ich kann mir die Haltung des Kollegen Bebel nur aus dem Bedürfnis erklären, immer in der Opposition zu sein. Die Resolution Bebel enthält in ihrem ersten Theil ein Mißtrauensvotum gegen die Missionen. Es ist eine abstrakt unbeweisbare und grundsätzliche Behauptung, daß die Missionare an dem Ausbruch der Unruhen Schuld sind. Was den zweiten Theil der Resolution Bebel betrifft, so ist es Thatsache, daß alle Missionare den Rang von Mandarinen in China bekleiden. Wenn dies Privilegium, das seit 40 Jahren besteht, nur den deutschen Missionaren genommen wird, so würde darin ein Mißtrauensvotum gegen unsere Missionare liegen und sie würden gerade jetzt den ärgsten Gewaltthätigkeiten ausgesetzt sein. Es ist nicht Uebermuth der Missionare, sondern ihre gesellschaftliche Pflicht, bei bestimmten Gelegenheiten die Mandarinenuniform anzulegen. Herr Bebel hat alles zusammengefaßt, was gegen die Missionare angeführt wird, ist aber an den zahllosen glänzenden Zeugnißen, die ihrem selbstlosen sozialen Wirken für die unteren Volksklassen angesetzt sind, vorübergegriffen. (Sehr richtig! im Centrum.) Daran ist nur eine ausgeprochene Antipathie gegen das Christenthum schuld. (Sehr richtig! im Centrum und rechts.) Es ist eine völlig hallose und unqualifizierbare Behauptung, daß die Missionare jedes verkommene Subjekt aufnehmen und schützen. An dem Wirren haben andere Potenzen viel mehr schuld, als die Missionare und Bischof Anzer. Der Broschüre des Pfarrers Rohrbach kann ich keine Beweislast zuerkennen. Herr Bebel sollte das Material sorgfältiger prüfen, was ihm zugetragen wird. Er ist doch schon so

oft aufs Eis gegangen und eingebrochen, daß er vorsichtiger sein sollte. (Lebh. Zustimmung im Zentr und rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Herr v. Richthofen: Es ist ja möglich, daß die Verhandlungen in China das Ergebnis haben werden, daß faktisch die sämtlichen alten Verträge wiederhergestellt werden. Dann wäre die Resolution nicht nöthig, aber Ueberflüssiges schadet ja nichts. Den Zusatzantrag Bebel muß ich vom Standpunkt des Auswärtigen Amtes als höchst bedenklich erachten. Für die Ausführung würden nur in Betracht kommen die kaiserlichen Konsulate und diese haben nur das Recht des Erlasses von Polizei-Verordnungen. Das auswärtige Amt würde völlig außer Stande sein, dieser Zusatzresolution stattzugeben, ohne daß die Künfte der Gesetzgebung ergriffen würde.

Dr. Müller-Sagan (Fp.): Wir erklären uns gegen die Resolution, weil sie Religion und Politik mit einander verquilt. Wir sind in die chinesischen Verhältnisse schon viel weiter hineingerathen, als es die Mehrheit der deutschen Bevölkerung will. (Sehr richtig!) Wir wollen die Missionsflächen nicht vermehren und sollten einer fremden Macht auch nicht etwas aufzwingen, dessen Erfüllung wir nicht durchsetzen können. Mit dem ersten Theil des Antrages Bebel sind wir einverstanden, für seinen Schlußsatz aber können wir uns nicht erwärmen. Wir werden also für den ersten Theil des Bebel'schen Zusatzantrages stimmen und zu dem zweiten einen Eventualantrag stellen. (Bravo! links.)

Graf Bernstorff-Lauenburg (R.) tritt für die Resolution ein und bekräftigt das Amendement Bebel.

Schröder (Fp.): Die Resolution ist überflüssig, da die Freiheit der Religionsübung in China bereits besteht. Bestände dieser Zustand nicht, dann würde ich mich energisch gegen einen solchen Schutz der christlichen Religion in China aussprechen. Die Verfolgungen der Armenier haben uns bewiesen, wie wenig ein solcher Schutz der christlichen Religion im Auslande werth ist.

Bebel (S.D.): Graf Stolberg meinte, die Kleiderordnung der Missionare gehe uns nichts an. Es handelt sich aber darum, daß die Missionare dort nicht als Wölfe im Schafpelz auftreten und sich als christliche Europäer hinter der Uniform der chinesischen Mandarinen verheiden und sich ihre Autorität anmaßen. Meine Beschuldigungen sind nicht, wie Herr Bacher meinte, aus der Luft gegriffen, sondern ich habe mich auf die Mittheilungen des Sir Robert Hart, der 38 Jahre in China in hoher Stellung gewesen ist, berufen. Dieser und ebenso der frühere deutsche Gesandte Herr v. Brandt haben sich dahin ausgesprochen, daß das Verhalten der Missionare große Schuld an den jetzigen Wirren trage. — Für die Armenier bin ich jedenfalls nie in dem Sinne eingetreten, daß ich empfohlen hätte, einen europäischen Krieg zu ihrem Schutz zu entfachen. Im übrigen handelt es sich dort um eine seit jeher christliche Bevölkerung. — Herr Bacher fragt, warum man nur gegen die Missionare vorgehe, nicht auch gegen die Kaufleute. Nun, dies sind Privatpersonen. Wegen der Ermordung zweier Missionare aber erfolgte der Raub Kiautschou, man hat also anerkannt, daß die Thätigkeit der Missionare eine im hohen Grade politische ist. Ueberhaupt ging ja aus den Ausführungen des Herrn Grafen Stolberg hervor, daß Sie die Missionare direkt als politische Agenten bezeichnen. Die Christianisierung Chinas bedeutet für Sie zugleich die politische Eroberung dieses Landes. Ich freue mich, daß das so offen ausgesprochen ist. Um so mehr habe ich gegen den Nachtragsetz zu stimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Präsident Graf Ballestrin: Bei der schnellen Sprechweise des Herrn Vorredners habe ich einen Ausdruck überhört, auf den ich aus dem Hause aufmerksam gemacht werde. Er hat von dem Raub von Kiautschou gesprochen. Wegen dieses Ausdrucks, angewandt auf eine Besitzergreifung Deutschlands im fernem Lande, rufe ich Herrn Bebel zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Hieber (M.): Für die Resolution der Kommission, die eigentlich überflüssig ist, werden wir stimmen, da sie einmal eingebracht ist. Die Resolution Bebel lehnen wir ab, da sie die Thätigkeit der Missionare verkennt.

Grober (R.): Herr Bebel will die Missionare in China unter ein schlimmeres Ausnahmegesetz stellen, als es das Sozialistengesetz war. (Oh! Oh! b. d. Soz.) Zum Glück ist Herr Bebel niemand auf den Leim getreten. In China fallen deutsche und christliche Interessen vollkommen zusammen. (Bravo! i. Zentr.)

Nachdem noch Abg. Graf Stolberg (R) für die Resolution der Kommission eingetreten ist, schließt die Diskussion.

Die Resolution der Budgetkommission wird angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, der Freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei.

Der erste Satz des Bebel'schen Zusatzantrages wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, der zweite vom Antragsteller zurückgezogen.

Damit ist die zweite Lesung der Chinavorlage erledigt.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs wegen Ver- sorgung der Theilnehmer an der ostasiatischen Expedition aus ihrer Hinterbliebenen.

Mit Rücksicht auf die vom Reichskanzler abgegebenen Erklärungen und in Erwägung, daß der Weg einer allgemeinen einheitlichen Reorganisation des Militärversorgungswesens offen bleiben muß, wird der vorliegende Gesetzentwurf zur Zeit in allen seinen Theilen abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Dritte Lesung der Chinavorlage. Postetat. Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die agrarischen Verwandlungskämpfer, die sich am Montag im Lucus Busch in Berlin als Bauern im Bund der Landwirthe produzierten, erschienen am Dienstag als vereinigte „Steuer- und Wirtschaftsreformer“. Der „Sipfel“ dieses Tages war der Vortrag, den der Herr Herr v. Frege mit schöner Begeisterung über das

Thema hielt: „Die sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, welche für einen wirksamen Schutz der deutschen Landwirtschaft im Bereiche der Zollpolitik maßgebend sind.“ Der Vizepräsident des Reichstages, der bekanntlich nie blaß wird, wettete erschrecklich gegen die ungesunde Zentralisation in den großen Städten, über die Ungunst des Klimas und der geographischen Lage Deutschlands, worunter die Landwirtschaft zu leiden habe (1) x, um sich endlich zu der kühnen Behauptung aufzuschwingen: „Der Handel schafft keinen Pfifferling.“ Für so undankbar hätten wir, bemerkt nicht unüblich die „Volkzeitg.“ dazu, Herrn Arnold Woldegar von Frege nicht gehalten. Wo wären sein reußischer Kammerherrschlüssel und sein reußischer Adelsbrief geblieben, wenn nicht die vom Leipziger Bank- und Handelshaus Frege erworbenen Reichthümer seinem Millionärs-Dasein zur Basis dienten? Alsdann begeisterte sich Prof. Adolf Wagner, der eben noch zu den mildesten Flottenprofessoren gehörte, für höhere Getreidezölle. Hr. v. Mirbach bezeichnete die „freisinnige“ Behauptung vom Brodwucher als Urschwindel. Das Wort stammt, wie Herr v. Mirbach wissen dürfte, vom Kaiser, der schwerlich freisinnigen oder sozialistischen Anschauungen huldigt.

Die Kommission zur Verabreichung der Seemanns-Ordnung debattirte am Mittwoch lange über den sozialdemokratischen Antrag, den § 72 zu streichen. Der Paragraph lautet: „Im Auslande darf der Schiffsmann, welcher seine Entlassung fordert, außer in dem Fall eines Flaggenwechsels, nicht ohne Genehmigung eines Seemannsamtes (§ 115) den Dienst verlassen.“ Schließlich einigte sich die Mehrheit auf einen Antrag des Abg. Dr. Barmann (Fp), wonach die Worte „nicht ohne Genehmigung des Seemannsamtes“ ersetzt werden durch: „Gegen den Willen des Schiffers“ erst auf Grund einer vorläufigen Entscheidung des Seemannsamtes.“ — Der geänderte Paragraph wurde angenommen.

§ 73 behandelt die Ansprüche auf Zurückbeförderung der im Auslande zurückgelassenen Schiffleute. Hierzu wurde ein Antrag des Abg. Dr. Semler (Rd.) einkimmig angenommen, der den Schiffsoffizieren Zurückbeförderung und Unterhalt in der Kajüte sicherte. Der nächste Paragraph wurde unverändert angenommen und damit der das Vertragsverhältnis betreffende Abschnitt in erster Lesung bis auf einige zurückgestellte Paragraphen erledigt. Zu § 79, der nach der Vorlage den Schiffern berechtigt, die ihm zustehende Disziplinarergewalt auf Schiffsoffiziere zu übertragen und ferner den Schiffsjungen der „väterlichen Zucht“ des Schiffers entziehen will, hatten die Sozialdemokraten beantragt, den § 72 der alten Seemannsordnung wieder herzustellen, der bestimmt, daß der Schiffsmann nur der Disziplinarergewalt des Schiffers unterworfen ist, unter Ausschluß irgend einer Uebertragung. Die Regierungsvertreter widersprachen lebhaft. Man stülte sich so, als wenn die ganze deutsche Schifffahrt zu Grunde gehen müßte, wenn die Schiffsjungen nicht mehr gesetzlich geprügelt würden und den Schiffsoffizieren und namentlich den Maschinisten keine Disziplinarergewalt eingeräumt werden soll. Die Debatte über diesen Punkt kam nicht zu Ende und wird Donnerstag fortgesetzt.

Der Polenkurs bleibt der alte, läßt Graf Bülow in der „Norddeutschen Allgemeinen“ erklären. „Als Reichskanzler wie als Ministerpräsident“ — so schreibt das offizielle Blatt — „ist sich Graf v. Bülow der Nothwendigkeit bewußt, in unseren Diktanden dem deutschen Volksthum in seiner berechtigten Abwehr gegen das Ueberwuchern eines politisch feindseligen Polenstums zu Hilfe kommen und namentlich dort einzuschreiten, wo staatliche Organisationen zur Förderung national-polnischer Bestrebungen mißbraucht werden sollten. Deshalb wird auch der Reichskanzler Vorsorge treffen, daß in der Behandlung von Postsendungen mit polnischen Adressen eine feste und gleichmäßige Praxis beobachtet wird. Unsere polnischen Mitbürger aber mögen sich in ihrem eigenen Interesse gelagert lassen, daß die Abweisung des leitenden Staatsmannes gegen die Anwendung kleinlicher Mittel sie nicht davor schützen wird, eine harte Hand zu fühlen, wenn sie in einer preussischen Provinz etwas anderes sein wollen, als lokale preussische Untertanen!“ Das wird wieder brausendes Jabel bei allen „Patrioten“ hervorgerufen.

Eine Schutzsteuer ist für das Fürstenthum Reuß j. L. in Aussicht genommen und zwar in einer dem Landtage unterbreiteten Vorlage, betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Hebammenwesen, durch die auch für die Unterstüßungsstelle der Hebammen Fürsorge getroffen wird. Nach der Vorlage haben bei der kaiserlichen Anweisung von Geburten die Eltern oder die Mütter eine Abgabe von 50 Pfg. für die bezugsweise Unterstüßungsstelle zu entrichten. In der Bevölkerung ist man über diese Bestimmung gerade nicht sehr erfreut. Der Justizminister des Landes hat aber bereits seine Zustimmung erklärt, und so dürfte denn auch wohl die Mehrheit des Landtages diese eigenartige Steuer genehmigen. In anderen Ländern möchte man die Geburten prämieren, in Reuß j. L. besteuert man sie. Man scheint in diesem deutschen Vaterlande Ueberfüllung zu beklagen.

Seine politische Ansichten. Das sog. Klindow-Kreuzliche Kommando zum Militär ist, wie dem „Freie Presse“ geschrieben wird, mit der Regierung auf folgende Grundlage abgeschlossen worden: Der Soldat soll heranzugehoben werden von 2 auf 3 Mk., der Hauptmann von 3 auf 4 Mk., der Regimentschef von 250 auf 3 Mk. und der Brigadeführer von 350 auf 6 Mk. für den Doppeljäger. — In einem Artikel über die Aufgaben des Reichstages berichtet der Reichstagsabgeordnete Böhm (Reuß): „Der Kaiser legt mir schon vor Jahren, als

ich die Anstellung für Unfallversicherung leitete, es handele sich vor allem darum, dem Arbeiterstande die Ueberzeugung beizubringen, daß er ein gleichberechtigter Stand in der Nation ist.“ Sehr richtig bemerkt dazu die linksliberale „Berliner Zeitung“: Wenn die Arbeiter diese Ueberzeugung gewinnen sollen, wird sich noch sehr, sehr vieles ändern müssen im deutschen Reich. — In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses theilte der Minister v. Thielen mit, er werde Sorge tragen, daß die dritte Wagenklasse in den Schnellzügen vermehrt werde. Die Benutzung der dritten Klasse sei sehr stark. — Verlobungsgerüchte schwirren durch das Land. Die Verlobung des deutschen Kronprinzen mit einer englischen Prinzessin soll bevorstehen. Die Einen nennen die 16jährige Prinzessin Alice von Battenberg, Tochter des verstorbenen Prinzen Ludwig von Battenberg und Urentelin der verstorbenen Königin Viktoria, die Andern die noch nicht vierzehnjährige Prinzessin Eva von Battenberg, Tochter des verstorbenen Prinzen Heinrich von Battenberg und Enkelin der Königin Viktoria als eventuelle Braut. Die Nachricht, bei der wahrscheinlich der Wunsch der Mutter des Gedanken ist, ist zuerst von dem Londoner „Daily Chronicle“ in die Welt gesetzt worden. — Oberleutnant Hüger in Mordringen, der bekanntlich vom Kriegsgericht wegen vorfälliger Tödtung des Hauptmanns Adams unter Ausstoßung aus dem Heere zu zwölf Jahren Zuchthaus verurtheilt worden ist, beabsichtigt auf Ansuchen seines Rechtsbeistandes die Revision beim Ober-Kriegsgericht einzulegen. Der Verteidiger hofft hierdurch die Umwandlung der Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe zu erreichen. — Das Gewerkschaftskartell in Berlin hat der Polizeipräsident als einen Verein betrachtet, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle, und deshalb von einem Vorstandsmitglied die Einnahme der Statuten und des Mitgliederzeichnisses verlangt. Nach der „Volkzeitung“ hat aber das Ober-Vermittlungsgericht die Verfügung des Polizeipräsidenten außer Kraft gesetzt. — Wegen einer Kritik der Ordensdecoration des Lord Roberts ist der „Beobachter am Rhein“ in Aachen, ein wachschendes Zentrumsblatt, als erstes Opfer des Staatsanwalt verfallen. In seiner Sonnabendnummer brachte er Roberts, den bayerischen Räuber kneift und den Schwarzen Adlerorden in Zusammenhang; aber das Auge des Gesetzes wachte, und die Nummer wurde beschlagnahmt. — Im Laufe der Verhandlung über das Gesetz, betr. die Spielhäuser, lehnte die belgische Repräsentantenkammer mit 97 gegen 16 Stimmen den vom Senat angenommenen Artikel 7, welcher das Privileg der Spielhäuser für Opden und Spa ausreicht erhält, ab. — Der König von England lehnte ein Gesuch der Mutter Sibidos, sich für die Freilassung ihres Sohnes zu verwenden, ab. — Bei der Verhandlung der Reform der Gewerbeverordnungen schloß die französische Kammer auf Antrag der Sozialisten mit 376 gegen 161 Stimmen die Wahlbarkeit der Frauen für das Richteramt. Es bleibt abzuwarten, ob der Senat sich diesmal der großen Kammermehrheit beugt. Minister Millerand griff nicht in die Debatte ein. — Das genaue Ergebnis der ungarischen Wahlen stellt sich folgendermaßen: 36 Stambulowisten, 11 Anhänger Petrows, 21 Anhänger Stoilows, 31 Zankowisten, 23 Karabulowisten, 5 Radolawisten, 3 Sozialisten, 9 Türken und 18 Bauernbündler. Die Anhänger Petrows und die Bauernbündler bilden eine neue Partei. 16 Stichwahlen sind erforderlich. — Der im russischen Gouvernement Cherson ausgebrochene Hungertypus hat einen epidemischen Charakter angenommen. In einigen Dörfern sind sämtliche Familien erkrankt. Die Sterblichkeit ist erschreckend groß. Die von der Regierung und der Gesellschaft gelieferten Verpflegungsmittel genügen nicht. Der Verpflegungsfonds der Regierung ist infolge von aneinander folgenden Winteren erschöpft und sonstige Mittel sind zur Zeit nicht disponibel.

Spanien.

Die Unruhen haben sich auch Dienstag und Mittwoch wiederholt. Bei den Unruhen auf dem Unabhängigkeitsplatz in Madrid wurden 6 Polizisten und 3 Zivilisten verwundet, 35 Personen wurden verhaftet. In Barcelona wurden Mittwoch abends Kundgebungen vor der Jesuitenkirche veranstaltet. Die Polizei zerstreute jedoch die Manifestanten. In Villanueva y Geltru bewarf die Menge das Pfarrhaus mit Steinen, weil der Pfarrer gegen den kürzlich verstorbenen Dichter Balaguer Artikel veröffentlicht hatte. In Santander warfen die Manifestanten Dienstag Abend Steine in das Bureau der katholischen Zeitung „Atalaya“ und schrien: „Nieder mit den Jesuiten!“ Später gelang es ihnen, wie Wolffs Bureau meldet, in das Kloster der Karmelitermönche einzudringen, letztere ergossen die Flucht. Die Manifestanten plünderten dann noch mehrere Häuser und legten Feuer an, das aber von der Polizei wieder gelöscht wurde. Unterdessen zogen andere Gruppen nach den übrigen Klöstern und dem höchsten Palais und bewarfen auch diese Gebäude mit Steinen. Die Gensdarmrie ging gegen die Menge, aus der Schüsse abgefeuert wurden, mit der blanken Waffe vor. Als die Menge an den Häusern einiger Künstler vorbeikam, beschütteten diese die Manifestanten mit Wasser, worauf letztere die Häuser der Künstler mit Steinen bewarfen. Die Regierung verbot der Presse die Berichterstattung über die letzten Vorgänge, weil diese geeignet seien, die Gemüther noch weiter zu erhitzen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Aus Johannesburg wird gemeldet: 40 Unteroffiziere und Gemeinen der Provins wurden Verwundungen und Kriegsverletzungen in Folge schlechten Verhaltens vor dem Feinde wieder abgemahnt.

China.

Vom Chinawirrwarr. Die Gesandten berieten am Mittwoch in Peking über die Antwort des chinesischen Hofes, in welcher dieser gegen die von den Fremden verlangten Todesstrafen Einwendungen macht. Die Gesandten beschloßen, bei ihrer früheren Forderung bezüglich der Bekrafung der schuldigen Strafen zu bleiben. Sie wachen sich ferner dahin aus, daß es unehrenhaft sei, sofort mit der Abgrenzung und Einrichtung des für die Fremden bestimmten Stadtviertels zu beginnen. — Die Vereinigten Staaten, die in ihrer Chinapolitik sehr konsistent sind, verstärken ihre Truppen in China. Das Washingtoner Kabinett beschloß am Montag, in Anbetracht der völligen Unklarheit der Lage in China die amerikanischen Truppen nicht von dort zurückzuziehen und sogar eine Verstärkung zum eventuellen Abzug bereit zu halten. — Die Salzhandlaren in Tientsin haben nach dem „Kronpost“ beschlossen, an den Kaiser von Russland und an den Präsidenten der Französischen Republik eine Botschaft zu richten, weil die Russen Franzosen und Amerikaner ihre Salzwerke im Reich von über 15 Millionen mit Beschlag belegt hätten.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 14 Februar.

Eine Blüthe edelsten Spießergerüthes duftet uns aus folgender Hamburger Meldung entgegen: Der Vorstand des Norddeutschen Radfahrerbundes proklamirt in einem „Ausruf an alle Radfahrer“ die Perze von Spredelsen und Dr. Niede als „Radfahrer Kandidaten“ für die Bürgerchaftswahl. — All Heil!

Zum Streitpostenurtheil des Reichsgerichts bemerkt zutreffend das „Korrespondenzbl.“ der Generalkommission: „Das Reichsgericht hat mit diesem Urtheil dem in den letzten Jahren, zwar nicht von uns, aber von zahlreichen Gerichten angezweifelt, verfassungsmäßigen Rechtsgrundsatz, daß Reichsrecht vor Landesrecht gehe, wieder zur Rechtskraft verholfen. Daß ist immerhin ein anerkennenswerther Fortschritt, der besonders in Arbeiterkreisen Zustimmung finden wird. Leider wird die Freude dadurch getrübt, daß das Reichsgericht im Gegensatz zu seinen vorherigen Ausführungen die Landesgesetzgebung auf dem Weg der Polizeiverordnung über die Sicherstellung des öffentlichen Straßenverkehrs verweist. Das heißt doch nichts Anderes als: Reichsrecht geht zwar vor Landesrecht, aber Polizeigewalt geht über Reichsrecht! Wir haben die Unhaltbarkeit dieses letzteren Standpunktes anlässlich verschiedener Urtheile des Reichsgerichts und des preussischen Kammergerichts schon oft nachgewiesen und würden uns wiederholen müssen, um auch die neueste Definition zurückzuweisen. So wenig der Landesgesetzgeber berechtigt ist, generell das Streikpostenstehen zu verbieten, so wenig kann auch ein Polizei-Vorgesetzter berechtigt sein generell die unteren Organe anzuweisen, die als Mandatäre der Streikenden thätigen Posten von ihrem Standorte wegzuführen oder ihnen das Betreten gewisser öffentlicher Orte zu untersagen. Dieses Recht hat er nur mit der beschränkten Anwendung gegen solche Personen, die durch ungesetzliches oder den Verkehr hindernendes Verhalten die öffentliche Ordnung thätlich gefährden. Die bloße Aufklärung Arbeitswilliger, die Ueberredung derselben zur Theilnahme am Streik ist ebenso wenig eine Gefahr für diese öffentliche Ordnung, als wenn ein Passant bei anderen um „Feuer“ oder um die „richtige Zeit“ bittet. Ebenso selbstverständlich wie die Streikposten haben sich auch die Polizeibehörden an die Grenzen der Gesetze zu halten. Wirkliche Ausschreitungen von Streikposten, die hier und da vorkommen mögen, wenn auch weit seltener als Ausschreitungen Arbeitswilliger, können nicht bloß durch die allgemeinen Verkehrsverordnungen, sondern auch durch § 153 der Gewerbeordnung hinreichend gesahnet werden, so daß es zu ihrer Befolgung oder Verhütung besonderer Anordnungen nicht bedarf. Daß diese Verordnungen sich nicht mit der Verhinderung wirklicher Ausschreitungen begnügen, sondern sammeln und sonders das Streikpostenstehen an sich unmöglich zu machen suchen, das nach dem Reichsgerichtsentscheid straflos ist — das beweisen eben deren Widerspruch mit den Reichsgesetzen. Als logisch ist das neueste Urtheil des Reichsgerichts erst dann zu bezeichnen, wenn es jebe gegen das Streikpostenstehen an sich gerichtete landesgesetzliche oder polizeiliche Verordnung als rechtswidrig erklärt.“

Dem Briefe eines Lübecker China-Ampfers, welchen das Amtsblatt veröffentlicht, entnehmen wir einige Angaben. In einem Dorfe auf dem Wege nach Peking entdeckte man eine von „Boxern“ gelegte Mine. „Noch am selben Abend wurden die höchsten Beamten festgenommen. Dieselben erhielten die Weisung, bis zum anderen Tage 20 000 Taels zur Strafe herbeizuschaffen, widrigenfalls sie erschossen würden.“ Nachts wird das Dorf in Brand gesteckt von den Chinesen. „Um 8 Uhr morgens brachten die Chinesen das Strafgeld. Jetzt hörten wir den Befehl des Herrn Oberst: „Artillerie 25 Haubitzgranaten ins Dorf werfen!“ Was meint ihr wohl, was da noch stehen blieb? Fast nichts!“ — „Wir essen viel besser, als wir es in Deutschland beim Militär konnten. Röhre und Schweinefleisch holen wir, so viel wir nöthig haben, kostenfrei aus den Dörfern. Für die Bewohner ist das zwar nicht angenehm, aber das ist eben der Krieg.“ Ein von den Franzosen gefangener Boxerführer entwischt und kann trotz Aufsuchens der ganzen Stadt, wobei die Deutschen halfen, nicht gefunden werden. „Jetzt haben die Franzosen den Stadtältesten gefangen genommen und ihn bedroht, falls sie den Boxer nicht wieder zur Stelle schaffen, ihn zu erschießen.“ — Kulturarbeit!

Gegen den Brodwucher machen die Genossen des zweiten oldenburgischen wie der beiden angrenzenden hannoverschen Wahlkreise 1 und 2 mobil. Es sind eine Reihe von Versammlungen arrangirt und zwar in Bank Wilhelmshaven, Fever, Barel, Brake, Nordenham, Oldenburg, Leer, Embden und Norden. — In Bremen sprach in einer von 1500 Personen besuchten Versammlung Reichstagsabgeordneter Genosse Stolle über das aktuelle Thema. Einstimmig ward eine Resolution angenommen, deren Schlußsatz lautet: „Die Versammlung erhebt gegen diese zu Gunsten der reaktionärsten Klasse im Reich, des Junkerthums, geplante Politik der Volkspolterung entrüstet den lauteften Protest und fordert die Vertreter der Sozialdemokratie, ohne die jedem Wider-

Rande das Rückgrat fehlt, auf, der Bereitschaft des Volkes nicht nur zu energischem Widerstande gegen jede Erhöhung, sondern zum Kampf um gründliche Beseitigung der Lebensmittelzölle im Reichstags-Ausdruck zu geben.

Unsere Bemerkungen über den Knabenhortverein haben den Kern der Sache getroffen. Entkräftet meint das Amtsblatt, Alles könne nicht auf einmal gelöst werden, das wüßten wir Sozialdemokraten ja am besten; der Verein habe doch noch sein eigenes Heim. Das ist ja gerade! In St. Lorenz, wo die großen Fabrikanten sitzen, deren Betriebe die Frauenarbeit und damit die Aufsichtlosigkeit der Kinder verursachen, ist ein Verein, der sich vorgenommen hat, den üblen Folgen dieser rücksichtslosen Ausbeutung vorzubeugen, so machtlos, daß er in den Anfängen stecken bleibt. Wo sind denn die Industriellen, der Stolz Lübecks, wo bleibt ihr Gehäufel? Warum dulden diese immer so selbstbewußt auftretenden Hüter der bestehenden Ordnung, daß das Blatt der Umstürzler mit Recht von bürgerlicher Fliedarbeit reden und die Erfolge der Gewerkschaften gegenüber dieser Zwergarbeit rühmend kann? Wir fürchten freilich, daß nicht einmal unser Hohn sie zu einem tieferen Griff in die Gelder veranlassen wird, deren Erwerb auch — der Knabenhortverein sein Entstehen verdankt.

Zur Förderung der künstlerischen Bildung der Jugend veranstaltet der Lübecker Lehrerverein am 16. und 23. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Stadttheater Aufführungen von Schillers „Wilhelm Tell“, zu welchen die Schüler und Schülerinnen der hiesigen Volksschulen sowie einiger nahe gelegener Dörfer Zutritt haben. — Wir begrüßen es mit Freuden, daß die hiesigen Lehrer, dem Beispiele ihrer Kollegen im Hamburg folgend, sich einer edlen Aufgabe widmen, an deren Lösung sie selbst die reinste Freude haben werden!

Ein Pflanzenauge wurde uns heute von einem Abonnenten aus der Hanstraße übermittelt. Den unvor-sichtigen Sommervogel hat der Schreck über seinen Zeit-rechnungsfehler bereits getödtet.

Verbandsrat der Werftarbeiter in Flensburg. Den Situationsberichten der Zahlstellen ist zu entnehmen, daß in Bremen die Mitgliederzahl bedeutend gewachsen ist, 4 Pfg. Lohnerhöhung und bessere Bezahlung der Ueber-franden erzielt wurden. Auch Bremerhaven machte Fortschritte, wehrt sich aber anscheinend erfolglos gegen die Einführung des Akkordwesens. In Danzig fehlt es an geschulten Kräften, die Bewegung flaut ab. Dietrichsdorf zählt 85 Mitglieder, Flensburg 515. Gaarden weist eine erste Zunahme der Mitgliederzahl auf, desgleichen Kiel, wo jedoch immer noch der Druck der Kaiserlichen Werft hemmend wirkt. In Lübeck ist ein Zuwachs von 71 auf 147 zu ver-zeichnen. In Rostock sind etwa 40 Proz. der Werft-arbeiter organisiert. Die Sektion der Schiffzimmerer hat die Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pfg. durchge-brückt. In Lübeck ist die Mitgliederzahl von 43 auf 126 gestiegen. Eine Lohn Differenz der Rieter wurde durch Vergleich beendet. In Begeck wurde eine Lohnerhöhung erzielt, die Mitgliederzahl ist auf 612 ge-kliegen. In Boizenburg und Papenburg liegen die Organisationsverhältnisse nicht sehr günstig.

Die Wakenitz ist seit gestern in der üblichen Weise freigegeben worden. Strzelewicz! Im Vereins-hause wird am Dienstag den 19. d. M. die Gesellschaft Strzelewicz aus Berlin eine einmalige Vorstellung geben. Die Sänger sind in der Arbeiterschaft aller größeren Städte Deutschlands wohl bekannt und erfreuen sich eines wohl-verdienten Rufes. So schreibt z. B. unser Parteiblatt in Bwida: „Strzelewicz! Eine ganz eigenartige Wirkung übt dieser Name bei den Arbeitern aus! Wo-hin er auch immer kommen mag, ein bleibendes, frohes Andenken sichert er sich überall. Arbeiter, Proletarier, Klassenbewußte Sozialdemokraten sind sein Publikum, das gern seinen derben Gesängen, ernstern tragischen Couplets und seinen demselben Publikum entnommenen Charakter-klüden lauscht. Nicht vielen Liedersängern ist es ver-gönnt, zum Herzen des untersten Volkes zu dringen — Strzelewicz aber kennt die innerste Volksseele, kennt das Leiden, die Sorgen und den Kampf des Proletariats und darum gehört er ihm an. . . . Eine großartige Wirkung erzielt das ganz neue „Da giebt's kein

Barbon!“ Wenn St. daran erinnert, wie alle die Gründerganner, Büchse, adeligen Verbrecher, die „Kolonisatoren“ Beist, Wehlan, Peters und gewisse andere Schurken allsammt „Barbon“ erhalten, wie dagegen jedes kleine Vergehen des Arbeiters, vom Verbrechen des nicht prompten Steuerbezahlers bis hinauf zum Kapitalverbrechen des „Zum-Streit-anreizens“ sofort mit dem „Da giebt's kein Barbon!“ abgethan wird, so wirkt das, besonders, wenn es so vollendet vorgetragen wird, bei den Arbeitern wie Sprühfeuer.“ Dem Lübecker Arbeiterpublikum steht also ein interessanter Abend bevor.

Öffentliches Schlachthaus. Im Januar 1901 wurden geschlachtet: 71 Ochsen, 92 Bullen, 499 Kühe und Stieren, 408 fette Kälber, 877 magerne Kälber, 3 Lämmer, 20 Ziegen, 3066 Schweine, 606 Schafe, 73 Pferde, zusammen 5705 Thiere, gegen 5168 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Beanspruchungen fanden statt: A. Bei lebenden Thieren: Keine. B. Bei geschlachteten Thieren: 1) Ungeeignet zur menschlichen Nahrung sind befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 Kuh wegen Darmveränderung 1 Schaf wegen wässriger Beschaffenheit des Fleisches, 3 magerne Kälber wegen Unreife, 1 magerne Kuh wegen mangelhafter Ausblutung. 2) Im Dampf-Desinfektor wurden 2 Kühe, 10 Schweine und 74 Kg. Mehlstreich wegen Tuberkulose gefocht. Bei den übrigen geschlachteten Thieren sind 686 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich bereinigt worden. 1331 Kg. Fleisch auswärts geschlachteter Thiere wurden im Schlachthaus untersucht. 10,5 Kg. Kalbfleisch wegen Magerkeit wurden vernichtet. Im Dezember 1899 sind 4792 Kg. Fleisch untersucht worden.

Im Stadttheater wurde Mittwoch Abend zum Benefiz für die Viehhaberin Fr. Elisabeth Parow eine literarische Abendunterhaltung, das Lustspiel „Renaisance“ von Schöntan und Koppel-Ellfeld bei leider nur mäßig besetztem Hause aufgeführt. Das schwächliche Nachwerk wurde lediglich erst genießbar durch die vorzügliche Darstellung, welche es im allgemeinen fand. Die Benefizantin als Vitorino hatte alle Regier ihrer reichen Könnens aufgezogen und fand, wie nicht anders zu erwarten, den lebhaftesten Beifall, dazu regnete es Blumen und andere Angebinde in Hülle und Fülle; in dieser Beziehung war es wohl das blumenreichste Benefiz, das wir in der launenden Saison erlebt haben. Der Maler Silvio gab unser Ludwig in rühmlichster Weise; er hatte einen besonders „guten Tag.“ Einen humorvollen Vater bot Julius Seidler, während Carl Satorj in dem streng pedantischen Magister Severino ein Charakterstudium gab. In recht anmuthiger Weise stellte Dora Debi die Coletta dar, während Elfriede Sietten mit ihrem spitzigen, etwas freischwebenden Organ als Malermodell Mirra nicht dasjenige Interesse erregen konnte, das gefordert werden mußte. Anna Gabrieli als Marcheta konnte genügen, wenn sie auch gerade nichts Besonderes bot; sie hastete zu sehr am Aeußerlichen.

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Kleine amtliche Nachrichten. Zum zweiten Maschinenmeister des Elektrizitätswerkes ist der Maschinenl. F. B. Krohn zum 1. April ernannt. — In das Handelsregister ist am 13. ds. Mts. eingetragen bei der Firma „E. Römer“: Die hiesige Zweigniederlassung ist aufgehoben. Die Firma ist erloschen. — Am Sonnabend, den 23. Februar ds. Jz., Vormittags 10 Uhr, sollen in der Gastwirtschaft von Neu-Vanerhof, Arminstraße, aus den Forstorten Westöer Tannen und Hammer ca. 500 Km. Kiefern Kluft- und Knäppelholz öffentlich meistbietend verkauft werden.

Holzverkäufe in den Nachbargebieten. Donnerst. tag, den 21. Februar, 2 Uhr, „Schäpchenhof“ Steindamm-Weidenböck: Rabenhörn, von Nr. 4 an. Eichen: 4 Fm. Rabenmacherholz, darunter 10 Deicheln. Eichen: 120 Stangen, zusammen 9 Fm. Buchen: 3 Kugdrüme, zu 250 Fm., 91 Km. Kuch- und Brennholz und 85 Haufen Durchforstungsholz. Föhnlappel. Eichen, von Nr. 99 an: 31 Fm. ger. Bau- und Rabenmacherholz. Ahorn und Eichen: 9 Fm. Stämme und Stangen. Fichten: 1 Fm. Stangen. Buchen: 3 Kugdrüme, zu 180 Fm., 360 Km. Kuch- und Brennholz, von Nr. 125 an 100 Haufen Durchforstungsholz von Nr. 58 an. — Dienstag, den 19. Februar, 1 1/2 Uhr, Hotel „Germania“, Schwanen: Bruch. Eichen: 3 Stämme, zu 464 Fm., 29 Drahtpähle und 9 Km. Brennholz. Eichen: 4 Stämme, zu 2 Fm. Gemischtes Laubholz: 38 Stangen, zusammen 2165 Fm., 9 Km. Knäppel, 63 Haufen Buch und 39 Bund Weizenreier. Kuchholz. Eichen: 142 Stangen, darunter Deicheln und Langwagen und 155 Drahtpähle. Weichholz: 32 Haufen Buch Weizenreier (Eutiner Schaufsee und Adenberg). Eichen: 40 Stämme, zu 17,67 Fm., 180 Drahtpähle, 8 Haufen Schleete, 135 Km. Knäppel und 22 Haufen Buch. Eiern: 4 Fm. Pantoffelholz. Kuchholz: 42 Haufen Schleete, 118 Km. Knäppel und 50 Haufen Buch. Knäppelholz: 37 Haufen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Todendorf bei Dargteheide ist das Haus des Pantoffelmachers Martens mit dem gelamsten, niedrig verankerten Fische ein Haus der Flammen geworden. — In Reutrelitz kürzte nach Abgang

eines Kaufgeschäftes ein Tischlermeister in den Keller einer Restauration und erlitt eine lebensgefährliche Gehirnerschütterung. — Ebenda ist ein Pochenfall konstatiert. Die Gesundheitspolizei hat sofort umfassende Vorkehrungsmaßregeln getroffen.

Bremen. Von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bürgerschaft ist dem Bürgeramt folgender Antrag zur Verhandlung in der Bürgerschaft eingereicht: „Die Bürgerschaft beschließt, eine Deputation zur Reform des des Altersfordernissen und den Rechtsanschauungen der überwiegenden Mehrheit der Bremischen Staatsbürger nicht genügenden Wahlgesezes zur Bürgerschaft einzusetzen. Die Deputation soll zunächst über folgende grundlegende Forderungen beschließen und Bericht erstatten: Das gegenwärtig geltende und einzelne Klassen der Bevölkerung mit dem Vorrecht der Majorisirung der weitaus größten Mehrzahl der Staatsbürger ausstattende Klassenwahlrecht ist durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und die Ausübung der Wahl lediglich nach lokalen Bezirken zu ersetzen. Die Bürgerschaft erucht den Senat um seine Zustimmung.“

Bremerhaven. Das Seeamt verhandelte über die Hobokener Brandkatastrophe. Der Urtheilspruch lautet im Wesentlichen: Das Feuer ist in einem Baumwollschuppen entstanden und hat, binnen kürzester Zeit zu einer gewaltigen Feuerbrunst anwachsend, die gesammten Bieranlagen völlig vernichtet und die Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Saale“, „Bremen“, „Kaiser Wilhelm der Große“, „Mainz“, sowie deren Besatzungen stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Entstehungursache steht nicht bestimmt fest, es liegt wahrscheinlich Fahrlässigkeit vor. Wäre es gelungen, „Saale“, „Bremen“ und „Mainz“ schneller von den Pier zu entfernen, so wären die Schiffschädigungen und Menschenverluste bei Weitem nicht so schwer gewesen. Von den New-Yorker Schleppdampfern haben verschiedene die erbetene Schlepphilfe abgelehnt und sich um die im Wasser treibenden Personen nicht bekümmert. Besonders Lob verdienen der erste Maschinist Barends und der zweite Offizier Holsfeldt, sowie einige Mannschaft vom Hamburger Dampfer „Kaiser Friedrich“, die 37 Personen der „Saale“ retteten. Die Schiffskapitäne der beschädigten Schiffe trifft kein Verschulden. Die Lösungsversuche und die Rettungsmaßregeln verdienen ebenso wie die Haltung und die Disziplin der Besatzung volle Anerkennung.

Bremerhaven. Die Metallarbeiteraus-sperrung auf Seebeck's Werft ist Montag Abend nach zweimonatlicher Dauer von einer Versammlung der Ausgesperrten für beendet erklärt worden. Die Zahl der Ausgesperrten hatte sich im Laufe der Zeit von 112 auf 40 verringert, 72 waren nach und nach anderwärts in Arbeit getreten. Angeichts der geringen Zahl der noch in Frage stehenden Personen und der Hartnäckigkeit der Firma hielt man ein längeres Beharren in der Aussperrung nicht mehr für gerechtfertigt. Die Aufhebung derselben geschah jedoch nur mit vier Stimmen Mehrheit. Von den 40 noch ausgesperrten Leuten waren 36 in der Versammlung anwesend; von diesen stimmten 20 für und 16 gegen Aufhebung der Aussperrung. Die Mehrzahl der Leute wird wohl ab-reisen und sich anderwärts Arbeit suchen, zu Seebeck dürften nur Wenige zurückkehren. Die Kupfer-schmiede haben die Aussperrung noch nicht auf-gelassen und denken auch nicht daran, es zu thun. Sie fordern nicht nur Wiedereinstellung, sondern auch gleich einen Minimallohn von 45 Pf. pro Stunde garantirt. Da fast sämtliche Kupferschmiede Deutschlands organisiert sind und ihre Zahl im Allgemeinen nur eine geringe ist, so wird die Firma die Forderung schließlich wohl oder übel anerkennen müssen, die von den anderen Firmen hieselbst längst anerkannt ist. Der Zugang auswärtiger Metallarbeiter ist nach wie vor noch streng fernzuhalten.

Briefkasten. Parteitag-Komitee: Freitag, 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr. Sternschanz-Biermarkt Samstag, 15. Februar Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 760 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preise: Senatsschweine — M. Vorkandischweine, 55—57 M., leichte 54—56 M., Sauen 48—53 M. und 50—53 M. zu 100 Pfd.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Frau Wirtin Schultz zu ihrem heutigen Geburtstage ein donnerndes Hoch. H. R.

Zum 1. April eine kleine Wohnung zu Leute ohne Kinder Leichstraße 4. Billig zu verkaufen 1 Herrenvelocipede und verschiedene kleine Räder zu Grünwaaren haßend. Pelzerstraße 22.

Beijut zum 1. April 1 leere Stube im Preise von 40 M. Näheres Enaelsarabe 43/5.

Ia. gelbe Brech-Erbesen
Ia. grüne Brech-Erbesen
Ia. weisse Bohnen empfiehlt
T. Buhrmann.

M. Hasse
Markt 5. • Kohlmarkt 8.
Heute, am 15. Februar cr.:
Grüßung meines neuen Geschäftslocals

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft
Lübeck.
— Fernsprecher 161 —
Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereitetem Lager- und Tafelbier in bekannter Güte, sowie unser Kapuzinerbräu welches nach Münchener Art, ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbitton uns Bestellungen direct oder durch die Bierführer.
Pfaffenspiegel
5. (neueste) Auflage. 11 Bustrangen à 30 Pfa., gebunden 4.50 Mark. Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Leere Farbetonnen hat abzugeben. Friedr. Meyer & Co.

Ausverkaufstage

der bei der

Inventur

zurückgesetzten Waaren u. Reste.

Kleiderstoffe (Reste), passend für Confirmandinnen, enorm billig.
Hemdentuch-Reste spottbillig.

Reste für Bettbezüge und Schürzenstoff-Reste bedeutend unter Preis.
 Reste von Bettstoffen, für Oberbett, Kissen und Unterbett passend.
Gardinen-Reste (bis zu 14 Meter) sehr billig. Sämmtl. Unterröcke bedeutend herabgesetzt.
 Bitte die Ausverkaufadresse im Schaufenster zu beachten.
L. Duve, 32 Gr. Burgstraße 32.

Ausverkauf
 wegen gänzlicher Aufgabe des
Uhren-Geschäfts
Cornelius Michaelsen,
 Holstenstraße 33.

Masken-Garderoben
 in großer reicher Auswahl
 zu den billigsten Preisen.
H. Vitense
 Theatergarderobier
 Johannisstraße 47, 1. Etage.

1900er Legehühner.
 Frühbrüt, starke, gesunde und widerstandsfähige,
 gelbbraune Italiener, tägliche Eierleger, beliebige
 Farbe, 14 Stück sammt großen raschrechten Hahn
 Mk. 23,50 franco jeder Verpackung unter Garantie
 für lebende Ankunft. 10 Pfd. Korn Speisefette, frisch
 geschlachtete und gerasppte Mastgänse, Enten
 oder Bouillards Mk. 4,80 franco, Gänsefedern,
 neue, viel- und rauchfreie, feinstgefeuerte, per Pfd.
 Mk. 1,10, feinste Gänsefedern per Pfd. Mk. 3,
 bei Abnahme von 10 Pfd. franco und zollfrei.
H. Kaphan, Podwoleczyska,
 via Oberberg i. Schl.

Feinsten Natur-Honig
 per Pfd. 70 Pfg.
 empfiehlt
T. Buhrmann.

Eparjame Hausfrauen
 kaufen am besten und billigsten im
Fettwaaren-Special-Geschäft
 von
Hans Wegener
 obere Wahnstr. 10.
 Ohne Preiserhöhung gebe ich von heute ab
Rabattmarken.

Achtung!
Poststadiearbeiter!
Mitglieder-
Versammlung
 am Freitag den 15. Februar 1901
 Abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht.
 2. Uebersicht über den Arbeitsverhältnissen.
 3. Wahl eines Kassenschatlers.
 4. Angelegenheiten und Beschlüsse.

Club Fidelitas.
Maskenball
 am Sonntag den 17. Februar
 in sämtlichen Räumen des
Tivoli.
 Anfang 8 Uhr.
 Von 6 bis 8 Uhr: Tanz für die Zuschauer.
 Eintrag: 50 Pfennig.
 Von 7 bis 8 Uhr: Versammlung der Masken.
 Eintrag: 50 Pfennig.
Frühe 8 Uhr: Maskenzug.
 Grandentrassen sind bei den Herren F. Nagel,
 im Markt 14; E. Radtge, Nilsenstraße 11;
 E. Schneider, Kasperstraße 19 und beim
 Kassenführer F. Callies, Steingasse 26
 zu haben.
 NB. Karten für Nichtzahler sind nur
 beim Kassenschatler erhältlich. Karten in Fines-
 Rollen sowie Karten in der Partie sind geteilt.
Masken-Garderebe
 am Ball-Abend im Hause.
 Der Vorstand.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Wahlversammlung der
 a. Abteilungen I, II, III, IV, V
Dienstag den 26. Februar 1901
 Abends 8 1/2, 8 3/4, 9, 9 1/4 und 9 1/2 Uhr
 b. Abteilungen VI, VII, VIII und IX
Mittwoch den 27. Februar 1901
 Abends 8 1/2, 8 3/4, 9 und 9 1/4 Uhr
im Restaurant Fredenhagen, Schlüsselbuden 16
 zur Neuwahl von Arbeitnehmervertretern zur Generalversammlung.

Es sind zu wählen für

Abteilung	I	10 Vertreter und	5 Ersatzmänner
"	II	12	6
"	III	47	24
"	IV	38	17
"	V	12	6
"	VI	14	7
"	VII	40	20
"	VIII	7	4
"	IX	3	2

Laut Anlage zum Statut wählen in

Abteilung I.
 Architekten, Bau-Ingenieure, Bautechniker, Feldmesser, Mühlenbauer, Brunnenmacher, Zimmerer,
 Maurer, Steinhauer, Mühlenfabriken, Ofenfabriken, Ofenbauer, Tischler, Klempner, Stuckateure, Gyps-
 figurenmacher, Maler, Porzellan- und Steinbildner, Lackierer, Bergolber, Spiegelfabriken, Glaser,
 Dachbeder, Kalfaltner, Steinzieher und Schornsteinfeger.

Abteilung II.
 Goldschmiede, Uhrmacher, Mechaniker, Optiker, Graveure, Instrumentenmacher, Messerschmiede,
 Schleifer, Siebmacher, Telegraphenbauanstalten, Musik-Instrumentenmacher, Fortepianofabriken, Orgel-
 bauer, Drehorgelbauer, Zahntechniker, Barbier, Friseur, Bandagisten, Theater- und Schaustellungen
 aller Art, Musiker, Schriftsetzer, Buchdrucker, Lithographen, Steinbrücker, Photographen, Retoucheure,
 Lichtdrucker, Buchbinder, Portefeuilfabriken, Galanteriewaarenarbeiter und Cartonagefabriken.

Abteilung III.
 Maschinenbauer, Rieter (Werst), Eisenarbeiter (Werst), Eisengießer, Modellstecher, Former,
 Kable, Nagelschmiede, Feilenbauer, Drahtbinder, Gasfitter, Wasserleitungs-Anlagen, Schlosser (Ma-
 schinenschlosser), Geldschrankfabriken, Nähmaschinenfabriken, Büchsenmacher, Schmiede (Maschinenschmiede),
 Stellmacher, Rademacher, Wagenbauer, Spielwaarenfabriken, Klempner, Messingschläger (Weidenschläger),
 Kesselschmiede, Kupferschmiede, Metallarbeiter, Metalldreher, Zinggießer, Gelbgießer, Rothgießer, Metall-
 knopfmacher, Schraubmacher, Pantoffelmacher, Ledersticker, Gerber, Lohgerber, Rothgerber, Weißgerber,
 Lohmüller, Sattler, Lappsticker, Röhrenbohrer, Matrasenfabriken, Lederbereiter, Regmacher, Segel-
 macher, Reifer (Reichschläger), Sägemühlen, Jurnierwerkzeuge, Brettschneider, Holzzerkleinerungsanstalten,
 Tischler, Stahlmacher, Kistenfabriken, Böttcher (Bandreißer), Drechsler (Eisenbeschneider, Dreher für
 Bein, Holz und Metalle), Blodmacher (Leinwandmacher), Holzbildhauer, Schiffsbauer, Bootbauer, Bürsten-
 binder, Korbmacher, Kiepenmacher, Strohmattenmacher, Strohhüttenfabriken, Rohrstuhlflächter und Korf-
 schneider.

Abteilung IV.
 Mäler, Dampfmaschinen, Bäder, Brodfabriken, Konditoreien, Kuchenbäcker, Fleischer, Wurst-
 fabriken (Garbereier), Schmalzraffinerien, Pferdegeschlächter, Fischer, Brauereien, Branntweinbrennereien,
 Destillateure, Liqueurfabriken, Spiritusraffinerien, Weinküper, Mineralwasserfabriken, Fruchtconserven-
 fabriken, Hülsenfabriken, Genossenschafts-Weierei, Butterfabriken, Zuckerfabriken, Couleurfabriken,
 Schokoladefabriken, Bonbonfabriken, Juckwaarenfabriken, Karzipanfabriken, Conservenfabriken, Fisch-
 räucherereien, Kaffeebrennereien, Seiffabriken, Tabakfabriken, Cigarrenmacher, Apotheken, Chemische
 Fabriken, Knochenmühlen, Leinwäber, Harzieder, Rechieder, Lichtgießer, Wachslichtfabriken, Seifen-
 fieder, Farbendruckfabriken, Flächendruckfabriken, Wagenbauwerkfabriken, Schuhwischfabriken, Bündholz-
 fabriken, Dachstuhl- und Barwehfabriken, Kaffee- und Schmirgelfabriken.

Abteilung V.
 Gast-, Speise-, Säubwirtschäften und verwandte Gewerbe.

Abteilung VI.
 Schneider, Näherinnen, Maschinennäherinnen, Confections-Geschäfte, Wäschefabriken, Corsett-
 fabriken, Bugmaderinnen, Blumenmaderinnen, Tapissierergeschäfte, Etiderrinnen, Färber und Drucker,
 Tuchbereiter, Leinwandweber, Gurtenweber, Bergbereiter, Mattenfabriken, Bettfedernreiniger, Wasch-
 anstalten, Näherinnen, Plätterinnen, Weicher, Kleiderreiner, Knopfmacher, Polamentire, Bunt-
 fatterer, Kürschner, Kissenmacher, Hutmacher, Strohhutfabriken, Strohhutwäschereien, Handschuh-
 macher, Potentriegerfabriken und Schirmmacher.

Abteilung VII.
 Waarenhandel, Geld- und Credithandel, Expeditions- und Commissions-Geschäfte, Speicher- und
 Kellereier etc., Buch-, Kunst- und Musikalienhandel, Handelsvermittlung, Güterpader, Güterlader,
 Schaffer, Prader, Wäger, Messer, Schauer und Strauer, Verfeigerung, Pfandleihanstalten, Ver-
 leihungsgeschäfte, Engagements- und Stellenvermittlung, Annoncen- und Inseratenvermittlung, Ver-
 sicherungsgewerbe, Eilenschnen, Pferdebahnen, Mecklischer, Fuhrunternehmer, Umzugsunternehmer,
 Pferdeverleiher und Reitbahnen, Bedeanstalten, Binnen-schiffahrt, Flößerei, Brahm, Fähr, sowie
 Schiffsziehbetrieb.

Abteilung VIII.
 Land- und Forstwirtschaft einschließlich der Kunst- und Handelsgärtnerei.

Abteilung IX.
 Handlungsgehilfen- und Lehrlinge, sowie die in den Betrieben der Anwälte und Notare, der
 Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen.
 Lübeck, den 12. Februar 1901.

Der Vorstand.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Wahlversammlung der
Arbeitgeber
Mittwoch den 27. Februar 1901
 Abends 8 Uhr
 im Restaurant Fredenhagen,
 Schlüsselbuden 16
 zur Neuwahl von Vertretern zur General-
 Versammlung.
 Es sind zu wählen 89 Vertreter und 45 Ersatz-
 männer.
 Lübeck, den 12. Februar 1901.
 Der Vorstand.

Einladung zum
BALL
 der
Schiffbauerkassentasse
 am Fastnachtsmontag, d. 18. Febr.
 in den Centralhallen.
 Anfang 7 Uhr Abends. Ende 4 Uhr Morgens.
 Entree 1 Mk.
 Der Vorstand.

Vereinshaus.
 Grosser Saal.
 Fernsprecher 225. Fernsprecher 225.
Nur einen Abend.
Gr. humor. Concert

bestehend in
erusten und heiteren Gesangs-
vorträgen, Couplets u. s. w.
 ausgeführt von den Herren
Boleslaus Strzelewicz, Pantow
 bei Berlin.
David Waschinsky, Berlin.
Wilhelm Vogel,
Hugo Kröcker,
 Unter andern gelangt zur Aufführung:
Eine Festrrede

oder:
Folgen einer Zeitungs-Annonse.
 Humoristisches Ensemble.
 Personen:
 Gustav Schuller, Kaufmann.
 Friedrich Müllter.
 Stöppl, Sänger.
 Abrahamsohn, Heirathsvermittler.
 Großtrub, Vogelhändler.
 Rosalie Bismarck.
 Käselmann, Rentier.
 Musikanten.
 Eintrittskarten à 25 Pfg. sind im Voraus
 zu haben bei **Ludwig Puls, Gr. Burgstr.,**
Carl Wittfoot, Süßstraße 18 und im
Vereinshaus
 Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Circus Variété
Erfolg über Erfolg.
 Heute Freitag:
Extra-Vorstellung.
 Das glänzende humoristische
 Carneval-Programm
 mit Heiner. Kalnberg.
 Dem
Zum letzten Mal:
Im Harem.
 Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
 Sonnabend:
Elite-Damen-Abend.
 Sonntag:
 Die beiden letzten Vorstellungen.

Stadt-Theater.
 Freitag den 15. Februar.
 (136) 30. Vorstellung außer Abonnement.
 Bouis quita. Opernprelle.
Gastspiel Willi Birrenkoven.
 Probegastspiel: **Anna Paaske.**
August Schott.
Lohengrin.
 Sonnabend den 16. Februar.
 Bei kleinen Preisen.
Wilhelm Tell.

Elbschloss-Brauerei
Nienstedten
 empfiehlt ihr vorzügliches
Bock-Bier.
 Niederlage Lübeck:
An der Mauer 9-11. * Telephon 1161.

Nachrichtsbericht der Generalkommission vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900.

Bisher ist seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, abgesehen von kurzen Berichten, welche dem Gewerkschaftsausschuß regelmäßig erstattet wurden, nur für den Gewerkschaftskongreß ein Bericht gegeben worden. Nunmehr hat die Kommission unter Zustimmung des Gewerkschaftsausschusses beschlossen, alljährlich einen kurzen Bericht und die Abrechnung zu veröffentlichen.

Der diesmalige Bericht erstreckt sich auf die Zeit von 1 1/2 Jahren. Derselbe giebt in kurzen Zügen eine Uebersicht über die wichtigsten Vorkommnisse, an welchen die Generalkommission beteiligt war.

Wir entnehmen dem Bericht diese Angaben:

I. Allgemeines.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß konnte berichtet werden, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 277 659 im Jahre 1891 auf 491 955 im Jahre 1898 gestiegen ist. Auch während der seit dem letzten Gewerkschaftskongreß verstrichenen Zeit ist eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Nach der von der Generalkommission für 1899 aufgenommenen Statistik hatten die gewerkschaftlichen Zentralverbände 580 473 Mitglieder (darunter 19 280 weibliche). Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 89 100 Mitgliedern. Soweit sich zur Zeit eine Uebersicht gewinnen läßt, ist zu konstatieren, daß auch im Jahre 1900 die Zunahme an Mitgliedern angehalten hat, obgleich sich in einzelnen Gewerben eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit zeigte, welche, wie die Erfahrung lehrt, mit einem Rückgang in der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verbunden zu sein pflegt. Unter der Voraussetzung eintretenden ungünstigen Wirtschaftskonjunktur wird es sich erweisen, ob die Gewerkschaften innere Festigkeit genug erlangt haben, um die Mitglieder bei der Organisation zu erhalten. Sicherlich werden sie den Rückgang, wie er sich in den Jahren 1891—93 zeigte, nicht wieder zu erleiden haben. Jedoch wird es notwendig sein, durch eifrige Agitation vorzubeugen, daß ein allzugroßer Verlust an Mitgliedern eintritt.

Diese Agitation gestaltete sich bei dem Zusammenhalt, welcher unter den gewerkschaftlichen Zentralverbänden besteht, wesentlich leichter als vor einem Jahrzehnt. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir die bedeutenden Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung zum nicht geringen Theil auf dieses gemeinsame Wirken und Handinhandarbeiten der Gewerkschaften zurückführen.

Am 16. November 1900 waren zehn Jahre verstrichen, seitdem die Gewerkschaften sich durch Einsetzung der Generalkommission eine gemeinsame Organisation geschaffen haben. Anfangs waren nur wenige Organisationen der Kommission angeschlossen, resp. leisteten für diese regelmäßige Beiträge. Von Jahr zu Jahr nahm diese Beitragsleistung zu. Es ergibt sich aus dieser Steigerung der Beiträge aber nicht nur die Thatfache, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich in größerer Zahl der Generalkommission angeschlossen haben, sondern es wird dadurch auch bewiesen, daß die Beitragsleistung in den Gewerkschaften selbst eine regelmäßigeren geworden ist. Die an die Generalkommission zu leistenden Quartalsbeiträge (von 1892 bis 1896 5 Pf., von da ab 3 Pf. pro Quartal und Mitglied) werden nicht nach der Zahl der Vorkommnisse, sondern nach der Summe der Thatfachen in den einzelnen Verbänden geleisteten Beiträge berechnet. Die Mehrleistung an Quartalsbeiträgen ist also der Nachweis für eine Stärkung der Finanzkraft der einzelnen Gewerkschaften.

Wie bedeutend sich die Beitragsleistung gesteigert hat, zeigen die folgenden Zahlen. Von 1890 bis 1892 hatte die

Generalkommission pro Halbjahr eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 2160 Mk.; von 1892—96 pro Halbjahr 11 586 Mk.; von 1896—99 pro Halbjahr 19 278 Mk.; im ersten Halbjahr 1900 25 277 Mk.; im zweiten Halbjahr 1900 35 767 Mk. Durch diese Mehrerhebung ist nicht nur die Generalkommission in die Lage versetzt, mehr im Interesse der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung zu thun, sondern es ergibt sich auch aus derselben, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände in innigerer Gemeinschaft alle gemeinsamen Angelegenheiten zu erledigen befreit sind. Heute find alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbände der Generalkommission angeschlossen und zahlen regelmäßig ihre Beiträge.

Dieser Einmütigkeit ist es auch zu danken, daß die Agitation gegen das Zuchthausgesetz so erfolgreich betrieben werden konnte, wie geschehen. Die Vorbereitungen für die Agitation gegen das Gesetz waren getroffen, als dieses am 6. Juni 1899 dem Reichstage vorgelegt wurde.

Es waren 60 Agitationsbezirke vorgelesen, zu welchen 3252 Orte mit über 2000 Einwohnern gehörten. In 973 dieser Orte waren Verbindungsadressen für die Flugblattverbreitung vorhanden. In den Vororten, in welchen die Einrichtungen für Drucklegung des herauszugehenden Flugblattes vorhanden waren, wurden die Flugblätter auf von Hamburg versandten Platten gedruckt. Es wurden auf diese Weise in 33 Vororten 2 755 000 Flugblätter hergestellt. Von Hamburg aus wurden nach 26 Vororten und 15 einzelnen Orten 633 700 Flugblätter versandt, so daß insgesamt ca. 3 500 000 Flugblätter zur Verbreitung gelangten.

In allen Orten, in welchen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden waren, fanden Protestversammlungen statt. Infolge dieser Bewegung bereitete der Reichstag, wenn auch erst am 20. November 1899, dem Zuchthausgesetz ein klägliches Ende. Kurz vorher war den Reichstagsabgeordneten noch seitens der Generalkommission eine Denkschrift über die Streiks und Streikvergehen übermittleit worden.

Genau, die Agitation erforderte eine bedeutende Ausgabe. Es wurden seitens der Generalkommission 23 279 Mk. aufgewandt. Rechnen wir dazu die 5996 Mk., für die gleichfalls dieser Agitation dienende Schrift: „Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis“, sowie die Ausgaben für lokale Agitation, so ergibt sich, daß der Protest gegen die Zuchthausvorlage den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern mindestens 30 000 Mk. gekostet hat. Die Arbeiter sind opferfreudiger als die Unternehmer, in deren Interesse das Gesetz geschaffen werden sollte. Nur unwillig gab der Zentralverband deutscher Industrieller dem Grafen v. Poladowsky 12 000 Mk. zur Agitation für das Gesetz. Aber diese Opferfreudigkeit hat nicht nur dazu beigetragen, den von der Regierung geführten Schlag gegen die Arbeiterorganisationen abzuwehren, sondern es ist die Organisation selbst dadurch gestärkt, wie die Mitgliederzunahme und Erhöhung der Finanzkraft der Gewerkschaften im Jahre 1899 zeigt. Die Arbeiter werden daraus erkennen, daß gemeinsames und geschlossenes Handeln auch gegenüber dem mächtigsten Gegner Erfolg bringt.

Agitation.

Die Agitationskommissionen in Ost- und Westpreußen, sowie in Oberschlesien, haben in der bisherigen Weise ihre Thätigkeit fortgesetzt und sind finanziell, wie sich aus der Abrechnung ergibt, wie auch sonst in jeder Beziehung seitens der Generalkommission unterstützt worden. Der Erfolg kann unter den fortdauernden Schwierigkeiten, welche der Kommission entgegenstehen, kein bedeutender sein. Jedenfalls steht er nicht im Verhältnis zu den aufgewandten Mitteln und Kräften. Trotzdem darf nicht etwa weniger als bisher, sondern es muß noch mehr geleistet werden. Dies wird dadurch geschehen, daß für die polnisch sprechenden Arbeiter ein Gewerkschaftsorgan in polnischer Sprache vom 1. April 1901 ab in Posen herausgegeben werden soll. Die Herausgabe ist von dem Gewerkschaftsausschuße beschlossen, nachdem

seitens der Vorstände der Verbände festgestellt war, daß ein Bedürfnis für das Blatt bei 11 Verbänden vorhanden ist. Von den Herstellungskosten werden zwei Drittel von den direkt beteiligten Verbänden, ein Drittel seitens der Generalkommission getragen werden. Bedauerlicher Weise wird seitens der Leitung der polnischen sozialdemokratischen Partei die gewerkschaftliche Agitation nicht so unterstützt, als dies geschehen müßte. Die Agitation wird einzig und allein von dem Gesichtspunkt aus betrieben, die Lage der Arbeiter zu verbessern, und auf eine endgiltige Befreiung der Proletariats hinzuwirken. Die seitens der Generalkommission in Deuthen und Posen für die Gewerkschaften angestellten Beamten erfreuen sich trotzdem der Feindschaft der mit der Agitation betrauten Leiter der sozialistisch-polnischen Bewegung, welche mit Unterstützung der deutschen sozialdemokratischen Partei das sozialdemokratische Blatt „Gazeta Robotnicza“ herausgeben. Ein Vorgang in Posen machte es notwendig, eine Besprechung mit dem polnischen Parteivorstande und mit der Parteileitung herbeizuführen. Die Thatfachen, welche hierbei festgestellt wurden, sprachen sehr zu Ungunsten der polnischen Parteileitung. Es wurde in Aussicht genommen, die „Gazeta Robotnicza“ nach Posen zu verlegen und die Redaktion neu zu besetzen. Wäre dies geschehen, dann wäre auch die Herausgabe des polnischen Gewerkschaftsblattes erleichtert worden. Leider wollten die Leiter der polnischen Bewegung sich darauf nicht einlassen und sie sind auf dem besten Wege, davon den Gewerkschaften und der deutschen Parteileitung in den Bezirken mit polnisch sprechender Bevölkerung betriebenen Agitation entgegenzutreten. In einem von der polnischen Parteileitung herausgegebenen Flugblatt heißt es u. A. wörtlich: „Die Agitation der einzelnen Personen, welche ausgesandt sind in die polnischen Provinzen und erhalten werden durch die deutsche Partei, hat augenscheinlich das Ziel, diese Organisationsbewegung zu Gunsten der deutschen Partei in sich aufzunehmen; sie streben, durch ihre Arbeit die Fühlung des polnischen Proletariats mit den übrigen polnischen Ländern zu zerschneiden. Anders gesagt, haben die deutschen Genossen nichts gegen das „Selbstbestimmungsrecht“ im Verhältnis zu anderen Ländern, aber zu den Polen in Preußen sind sie doch anderer Meinung. Wir haben hier zu thun mit einer Art Palatinismus* in sozialistischer Ausgabe. Wenn auch offiziell internationale Sozialisten, werden sie doch zur Verwirklichung des polnischen sozialistischen Parteiprogramms, das heißt zur Unabhängigkeit Polens, eine Hand nicht anlegen, das bedeutet, daß die deutschen Genossen auf diesem Punkte mit uns nicht solidarisch sind.“

Weder den Gewerkschaften, noch der Parteileitung ist es jemals eingefallen, Germanisierungsversuche zu machen. Stets sind sie dafür eingetreten, daß jeder Mensch ein Recht auf seine Muttersprache hat, daß die Volkseigentümlichkeiten berücksichtigt und anerkannt werden müssen. Die Unterdrückten aller Länder haben in der modernen Arbeiterbewegung einen energischen Anwalt gefunden. Die Arbeiterbewegung will aber nicht neue Staatsformationen schaffen, sondern ohne Rücksicht auf durch Gewalt künstlich geschaffene Landesgrenzen dem gesamten Proletariat eine höhere Lebenshaltung und endgiltige Befreiung vom Joch des Kapitalismus bringen. Sie sieht nicht danach, welcher Nation der ausbeutende Kapitalist oder ausgebeutete Proletariat angehört, sondern bekämpft den Exploiteren und sucht den Exploitierten zu schützen, gleichviel, ob sie russischer oder japanischer Nationalität sind. Es ist also ein erbärmliches Unternehmen der polnischen Parteileitung, wenn sie einen Gegenjah zwischen dem polnisch und dem deutsch sprechenden Theil der Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu schaffen sucht und die Agitatoren der deutschen Arbeiterbewegung verdächtigt.

* Das Wort Palatinismus, gebildet aus den Anfangsbuchstaben der Gründer der „Germanisierungsgesellschaft“ (Panzermann, Penemann, Tiedemann), bedeutet nichts Anderes, als das Bestreben, gewaltthätig die Polen zu germanisieren, ohne Berücksichtigung ihres Rechtes auf ihre Muttersprache und ihre Volkseigentümlichkeiten.

Frauenloos.

Roman von E. Fels.

12. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Kann er ja!“ Anton reißt seiner Frau den Brief aus der Hand und beginnt zu lesen.

„Ja, aber —“ sie faltet die Finger in einander und wartet geduldig, viel schreibt ja der Vater nie und die Mutter läßt immer nur grüßen, der ist das Briefeschreiben zu umständlich. Aber, nun setzt die's durch, auf Reisen zu gehen, nur ist für den Vater selber ein Grund da. Wir wollen mal sehen, wie's bei unserer FINE aussieht.“

Anton wirft den Brief auf den Tisch und sagt gar nichts für eine Weile. Er peinigt sie, sie fühlt es, das bereitet ihm in seiner schlechten Stimmung so eine Art von Freude. Sie legt ihm endlich die Hand auf den Arm.

„Das mit Fenne muß ich doch wohl gleich abschreiben?“

„S. warum?“ Anton bläst ihr eine Dampf Wolke in's Gesicht.

„Erst nit! den dummen Bengel laß nur herkommen, der soll's — er laßt vergnügt, „dem woll'n wir schon beibringen, daß er sich in andre Leute finden lernt, der Angeber und Mißgünstler, der! da kann er nit zu sein'm Alten hinwürgen und sich beklagen, der is weit vom Schuß. Ei, den laß mir nur kommen, den lieben Bruder.“

„Unfinn!“ sagt Bettchens tiefe Stimme. „Du hast ja für dich selber kein Arbeit, dein Lehrbub' geht spazieren und läßt Vögel und schießt nach Käsen. Ich hab'n vorhin hinten an Silbers Kain abgefangen und ihm eine Maulschell von dir als gewiß zugesagt.“

„Kann er kriegen, mit Finsen!“ lacht Anton.

„Was soll der junge Mensch also hier?“ erbet Bettchen und FINE nicht erleichtert zu den Worten.

„St doch mein' Sach!“

Eine Pause, dann hebt FINE den blonden Kopf, eine energische Regung kommt über sie.

„Nein, Anton, das geht eben so wenig, das mit Fenne, als — so hart wie's mir ist — ich muß den Eltern abschreiben. Sie dürfen jetzt noch nicht kommen, sie denken es sich doch anders bei uns, ich möchte nicht, daß sie's so sehen — wie's bei uns ist.“ Da ist es heraus, hat sein müssen, sie hat den Mutz gefunden, und sie setzt hinzu: „So klein — stellen Sie sich umre Verhältnisse nicht vor.“ Anton fliegt mit einem Ruck vom Sofa.

„Ei schau, gelte Se, Madame, so ist's gemeint? Wir schämen uns vor denen da aus dem Hannover? Teufel, schau! Ja, daß du nit einen von den Prinzen Ferkach-Altslein grad geheiratet hast, das haben sie gewußt, sollt ich meinen. Und auf Sammt und Seid' sitzen — schau, wenn dir das alles nit gut genug ist, was ich von dem, was nach der Hausanzahlung noch übrig geblieben ist, hab' anschaffen können — ja, denn hatt' dein Herr Vater, der Herr Postkammermeister Stemme seinem verwöhnten Fräulein Tochter eben mehr mitgeben müssen, als die Lumperei! Wenn du dich beklagen willst, das ist mir grad auch's rechte! Ich hab' auch gedacht, der Alte eist mehr los, nach dem, wie's da im Haus an der Seine zueht!“

„Anton, mein Vater hat neun Kinder!“ wirft sie ruhig ein.

„Und du hast Anspruch' wie eine Prinzess!“

„Nu hör' auf!“ ruft Bettchen. „Die da klagst an, die sich in alles findet, die wie ein Lamm ist? Und die gewiß gedacht hat, hinter deinen glänzenden Augen und dem stolzen Schnurrbart, da ist auch so was, wie's ein richtiger Mann haben muß — Thatkraft. S' muß anders kommen, Anton, sonst ist sie die Angeführte. Und weil's anders kommen muß, und auch Wohl wird, denn deine Pflicht mußt doch thun, so will sie das abwarten und den Eltern dann das zeigen.“

und es wäre demüthigend, wenn er entdecken sollte, daß alles nicht so geworden ist, als du es meinst und wie du erzähltest, daß es würde“, fällt FINE ein.

Er blüht vor sich hin und zerrt an seinen Bart. „s hat freilich anders kommen sollen — kann ich dafür, wenn keine Bestellungen da sind? Daß ich ein guter Arbeiter bin, das weiß er.“ Dann schleudert er seine Pfeife fort und steht auf. „Mach, was du willst“, brummt er und geht hinaus.

„Er thut mir so leid, so leid!“ murmelt FINE und sieht ihm nach.

„Es ist ja hilflos — wenn die Leute nicht zu ihm kommen.“

Bettchen drückt das Kind an sich.

„Herzchen, lieb Herzchen!“ Dann sagte sie: „Schreib' doch den Eltern — ja, aber was's FINE, i weiß ja auch nit —“

Die junge Frau preßt beide Hände vor das Gesicht und sagt dann: „Ganz bin ich ja noch nicht erholt — das, das will ich schreiben. Vielleicht schicken sie's auf, bis zum nächsten Jahr — und da kann's uns schon besser gehen, nicht wahr?“ Und sie lächelt, etwas wie Hoffnung kommt über sie.

„Ja, ja, das schreib!“ sagt Bettchen, und läßt das Kind leise schaukeln. Man hört von draußen einen Aufschrei.

„Daß nur, das ist der Bub, der Thierquäler, dem geschicht's recht, das ist schon was, an dem kann er seine Wuth auslassen.“

„Hui! hier geht's ja her!“ ruft Klärchen von der Schwelle. „Zum Fenster 'nein hab' i guten Tag boten und keiner hört's und drüben haut der Anton Backpfeifen runter.“

Sie steht in einem frischen Kleide da und lächelt.

Diese Darstellung eines unliebsamen Vorkommnisses bezweckt, den Nachweis zu erbringen, daß nicht die Macht der Kapitalisten, nicht der Einfluß des Pfaffenthums und die Unterdrückungsbestrebungen seitens der Behörden in den polnischen Provinzen allein es sind, die den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung hindern, sondern daß auch Personen, welche sich Sozialdemokraten nennen, die im Interesse der polnisch sprechenden Arbeiter absolut notwendigen Organisationsbestrebungen verdächtigen.

Erfreulicherweise hat trotzdem in der Provinz Posen und besonders in der Stadt Posen die Gewerkschaftsbewegung bedeutende Fortschritte gemacht. Ein demnächst erscheinender Jahresbericht des Posener Sekretariats wird des Näheren diesen Fortschritt der Bewegung ausweisen.

Wie in früheren Jahren, ist auch im letzten an einzelne Gewerkschaften Hülfszuschuß zu größeren Agitationen gewährt worden. Ferner ist auf Kosten der Generalkommission eine Agitation unter den Arbeiterinnen des Voigtländischen Bezirks unternommen worden. Außerdem sind für einzelne Orte und Bezirke besondere Flugblätter hergestellt und verbreitet worden. Im Uebrigen sind auf eine große Zahl von Anfragen, betreffend die Agitation, Anweisungen, besonders an die Gewerkschaftskartelle, gegeben.

Mit den Gewerkschaftskartellen stand die Generalkommission nach wie vorher in regem Verkehr und hat sich auch das gegenseitige Verhältnis, gestützt auf die Beschlüsse über die Gewerkschaftskartelle des letzten Gewerkschaftkongresses sehr günstig und freundschaftlich gestaltet. Eine Ausnahme davon macht, wie bekannt, das Leipziger Gewerkschaftskartell. Die Vorgänge selbst sind bekannt.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Montag traten die Formex und Kernmacher der Firma Warneburg & Co. in Halle a. S. wegen Einführung von Akford in den Ausstand. — Die Firma Flinisch u. Cie. in Leipzig ist in Folge von Lohndifferenzen für Gärtler und Dreher gesperrt. — Der Streik der Arbeiter der Panther-Fahrradwerke in Magdeburg dauert fort.

Seine sämtlichen 300 Arbeiter hat in Passau der Inhaber der bekannten Porzellanfabrik Rudolf Leudt entlassen und den Fabrikbetrieb vollständig eingestellt. Er theilte seinen Arbeitern den Beschluß mit in einer Rede, in der er nach einem allgemeinen Lobe des wohlthätigen Einflusses der Fabrikinspektoren ausführlich darlegte, was alles in einem besonderen Falle die Fabrik von einem bestimmten Fabrikinspektor habe erdulden müssen. Der nächste Anlaß zur Einstellung des Betriebes der Fabrik war die Schließung einer seit 40 Jahren bestehenden Kantine auf obrigkeitlichen Befehl. Das Merkwürdige an der Sache ist, daß die Arbeiter dem Redner zugestimmt haben sollten.

Der Ortsverein der Metallarbeiter Girsch-Dander in Posen hat sich gespalten und zwar in einen deutschen und einen polnischen. Da die Mehrzahl der Mitglieder Polen sind, wurde das letzte Mal ein polnischer Vorstand gewählt. Daraufhin traten die Deutschen aus und gründeten einen neuen Verein.

Ein großes Streitlicht auf die Ausbeutung der Kinderarbeit warf eine Verhandlung vor der Strafkammer zu Schmeidau. Dort hatte sich der Kaufmann Friedrich Rothmann, der früher Leiter einer Baumwollfabrik in Reichental in Schlesien war, wegen Uebertretung des § 135 der Gewerbeordnung zu verantworten. Der angeführte Paragraph verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren in Fabriken. Rothmann hatte diesem Verbot entgegen Kinder zum Spinnen von Wolle verwendet, denen er pro Ballen 50 Pfg. Lohn gab. Da sie mit dieser Arbeit eine halbe Woche zu thun hatten, so betrug ihr Wochenlohn — eine Mark. Rothmann wurde der Uebertretung der Vorschriften des § 135 für schuldig erachtet und zu 150 Mk. Geldstrafe eventuell 15 Tagen Gefängnis verurtheilt. In dem Urtheil wurde besonders gerügt, daß die Arbeitskräfte der Kinder in geradezu unerhörter Weise gegen einen zu ihren Leistungen in keinem Verhältnis stehenden Lohn ausgebeutet worden sind.

Aus der Parteiorganisation ausgeschlossen wurde auf Antrag des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins für den vierten sächsischen Reichstagswahlkreis in einer Versammlung in Dresden Herr Arno Reichard. Dem

Ausschluß ging eine sehr erregte Debatte voraus, in welcher auch Herr Reichard wiederholt das Wort zu seiner Verteidigung ergriff, ohne die beabsichtigte Wirkung zu erzielen. Die Versammlung war von etwa 600 Personen besucht. Drei Stimmen wurden gegen den Ausschluß abgegeben.

Ueber eine Abschiedsfeier für Ed. Bernstein. die der Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein in London am 2. Februar veranstaltete, wird von dort berichtet: Der Verein, der für die deutschen Genossen Londons das Unbeglückte bildet, das sie mit der Arbeiterbewegung der Heimath verbindet, konnte den besonderen Anlaß, daß ein langjähriges Mitglied nach mehr als zwanzigjähriger Abwesenheit wieder in die Heimath zurückkehren darf, nicht vorübergehen lassen, ohne dem Abreisenden seine Anerkennung zu sollen sein Wirken. Nachdem der Vorsitzende den Anlaß zu der Extra-Versammlung mitgeteilt, hielt Ed. Bernstein eine Ansprache, in der er die Bedeutung der Arbeiter-Organisation im Auslande hervorhob und dann über die theoretischen Kämpfe in der Partei sprach. Auch an die französische Gruppe des Vereins richtete Bernstein auf deren besonderen Wunsch eine französische Ansprache, der mitanwesende Genosse Motteler gab Erinnerungen aus der Zeit ihres gemeinsamen Wirkens in der Heimath zum besten. Noch verschiedene Redner ergriffen das Wort und der Abend gestaltete sich zu einem sehr eindrucksvollen. Im Namen des Vereinsvorstandes wurde dem Genossen Bernstein eine künstlerisch ausgestattete Adresse überreicht, worin ihm der Dank und die Anerkennung des Vereins ausgesprochen wurde.

aus Haag und Bern.

Alcine Chronik. Die zweite gegen Sternberg eingeleitete Untersuchung ist jetzt abgeschlossen. Der Staatsanwalt hat nunmehr Anklage erhoben. Die Verhandlung wird bereits Anfang März vor dem Gericht in Berlin stattfinden. Zur Anklage stehen zwei Fälle. Diese zweite Sternberg-Affäre hängt, wie wir mehrfach gemeldet haben, mit der Anklage gegen die Frau Küwe zusammen, die unter dem Verdacht der Kuppelerei während des letzten Sternbergprozesses verhaftet worden ist. — Im 3. Garderegiment zu Fuß in Berlin sind zahlreiche Scharlacherkrankungen vorgekommen. Ungefähr dreißig Grenadiere und Unteroffiziere mußten in's Garnisonlazareth überführt werden. Doch befinden sich die Erkrankten auf dem Wege der Besserung, und eine weitere Ausdehnung der Erkrankungen ist nicht zu befürchten. — Aus Braunschweig wird gemeldet: Drei Schwurgerichte hatten sich hier binnen Jahresfrist mit derselben Anklage zu befassen, und jedesmal war der Ausgang ein anderer. Der Bäckermeister Gust. Müller und Frau aus Harlingerode waren der Brandstiftung beschuldigt. Das erste Schwurgericht setzte die Sache aus, um die Frau auf ihren Geisteszustand zu lassen, im Juli u. Z. verurtheilte dann ein zweites Schwurgericht beide Angeklagte zu je drei Jahren Zuchthaus und je drei Jahren Ehrverlust. Nach eingeleiteter Revision hob das Reichsgericht das Urtheil wegen eines Formfehlers auf. Dieser Tage standen die Angeklagten wieder vor einem anderen Schwurgericht und wurden freigesprochen. — Durch das scheinbar gewordene Pferd eines herrschaftlichen Wagens ist am Montag bei Köln ein folgenschweres Unglück geschehen. Um 9 1/2 Uhr Abends die Familie eines dortigen Baumeisters heimwärts fuhr, schaute das Pferd und ging mit dem Wagen durch. Der Kutscher wurde vom Kopf, zwei Insassen aus dem Wagen auf das Straßenpflaster geschleudert, wo sie schwer verletzt liegen blieben. Nachdem rannte das Pferd dem Rheinufer zu und stürzte die Böschung hinab in die hochgehenden Fluthen. Dem Heizer eines Dampfschiffes gelang es, einen Herrn zu retten, die übrigen Insassen verchwanden mit Wagen und Pferd zusammen im Strom. Die Leiche der Frau des Baumeisters ist bereits gelandet. — Das Schwurgericht in Regensburg verurtheilte den Bierbrauereibesitzer Max Bergmüller wegen Sittlichkeitsverbrechens an einem noch nicht vierzehnjährigen Mädchen zu drei Jahren Zuchthaus. Ein Verfahren gegen den Bruder Bergmüllers wegen Kuppelerei schwebt noch. Sonnabend stand ein Verwandter der Brüder Bergmüller, ein Rechtspraktikant, in Amberg unter der Anklage des Nothzuchtverbrauchs, wurde aber freigesprochen. Eine seine Familie! — Auf offener Straße mit einem Dienstgewehr erschossen hat sich am letzten Freitag-Mittag ein Unteroffizier der 8. Compagnie des Saarbriicker Inf.-Regt. In der Hohenzollernstraße, dem Proviantamt gegenüber, ergriff der Unteroffizier plötzlich das Gewehr, legte die Mündung des Laufes sich auf die Brust und feuerte

den Schuß ab. Die Kugel durchbohrte den Körper. Der Tod trat bald darauf ein. Der Selbstmörder ist erst vor wenigen Monaten vom 39. Inf.-Regt. in Düsseldorf in das Saarbriicker Regiment übergetreten. — Durch eine Explosion wurden am Dienstag nach einer Meldung aus Guldobord (Südbengalen) in der Childmorth-Pulverfabrik fünf Arbeiter getödtet. — In Grodno (Rußland) brannte die Scherenschnitzische Tabakfabrik wieder, die 1429 Arbeiter beschäftigte und einen Jahresumsatz von mehr als 2 Millionen Rubel hatte. — In Kostom am Don, Nowo Tscherkassk und Rowno traten, nachdem längere Zeit wärmere Temperaturen geherrscht hatte, wieder starker Frost und Schneeverwehungen ein. Rowno hat 20 Grad Kälte. — In dem Zeitraum vom 7. bis 10. d. Mis. sind auf der Insel Mauritius sieben Todesfälle an der Pest vorgekommen. Auch in Manila (Philippinen) wüthet die Pest noch. Dieser Tage sind wiederum drei Personen daran gestorben.

Eine Anzahl Soldatensöhne hatte sich in den letzten Tagen vor deutschen Militärgerichten zu verantworten. Der „Stellvertreter Gottes“ J. W. Scherf vom Leibgrenadierregiment Nr. 100 in Dresden hat die von ihm eingezogenen Rekruten in geradezu empörender Weise behandelt. Dem Angeklagten wurde nachgewiesen, daß er die ihm unterstellten Rekruten so heftig an den Bärten zapfte, daß er ihnen die Haare dabei ausriß. Auch das Anreihen in die Arme war eine von dem Angeklagten beliebte Methode, seinen Unmuth an den Rekruten auszulassen. Weiter schlug er in verschiedenen Fällen die Leute mit der Scheide des Seitengewehrs so auf die Hände, daß sie anschwellen und blau wurden. Auch die bekannte Manier, den Leuten das Gewehr gegen die Schulter zu schlagen, wurde von Scherf vielfach angewendet; ebenso warf er zuweilen Schlüsselbund und Geldstücke dem Einen oder Anderen an den Kopf. Für alle diese Niederträchtigkeiten erhält Scherf drei Wochen Mittelarrest. — Wegen Mißhandlung Untergebener stand der Unteroffizier Kramsood von der 1. Eskadron des 11. Husarenregiments vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf. Er hatte am 9. Januar zwei Husaren, die zu dem vom Rittmeister angelegten Appell nicht erschienen waren, in ihrer Stube gehorft und mit Fußtritten traktiert. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung in zwei Fällen mit vier Wochen Mittelarrest bestraft.

Ein Hezenprozeß wurde in den letzten Tagen in Koblenz vor der Strafkammer verhandelt. Die Ehefrau eines Landwirths vom Hunsrück war von anderen Leuten eine Heze genannt worden zugleich mit der Behauptung, sie habe sich ihr Vermögen durch Hezerei erworben, deren Kenntniß sie aus einem Hezenbuche geschöpft habe. Die deswegen von der Ehefrau Verklagten waren in der ersten Instanz freigesprochen worden; die Strafkammer war Berufungsinstanz. Das erwähnte Hezenbuch hatte den abenteuerlichen Titel: „Polenisches, politisches und dogmatisches Blatt“ und stammte aus dem Jahre 1760, gab aber keinerlei Mittel und Wege, um durch Hezerei zu Vermögen und Reichthum zu gelangen. Auf den Vorschlag des Vorsitzenden, sich zu vergleichen, erklärten die Angeklagten schließlich, daß die Klägerin keine Heze sei, und von ihnen auch nicht dafür gehalten werde! Die Kosten haben beide Theile zu tragen. Man sollte gar nicht glauben, daß sich heutzutage noch Jemand wegen Hezengeschichten in Unkosten stürzt!

Hermann Allmers, der Marschdichter, hat am 11. Februar seinen achtzigsten Geburtstag begangen. In einer Zeit, in der Heimathskunst Schlachtruf ist, dringt diese Nachricht weiter als sonst. Denn Hermann Allmers ist ein Heimathsdichter, der für und über seine Heimath geschrieben hat und auch von ihr am meisten gelebt worden. Er ist als Erzähler, Dramatiker und Lyriker hervorgetreten, mit dem größten Erfolge in der letzteren Eigenschaft. Politisch ist er — ohne einer Partei anzugehören — immer ein Radikaler gewesen. Hermann Allmers ist am 11. Februar 1821 zu Nechtenfeld an der Unterweser als Sohn eines Bauers geboren und sollte sich gleichfalls der Landwirthschaft zuwenden, zog es aber vor, zum Zwecke kunsthistorischer Studien Deutschland, die Schweiz und Italien zu durchwandern. Später zog er sich in seinen Geburtsort zurück. Seine bekanntesten Schriften sind: „Das Marschenbuch“ (1858), „Römische Schlendertage“ (1869), „Hermann Böse, ein deutsches Zeit- und Menschenbild“, „Fromm und frei“ (Gedichtsammlung, erschienen 1889).

„Du Finke, wie gefall' ich dir im Reiter — bin eigens rauer, daß du's erst hörst!“

„Hübsch, sehr hübsch!“

„Die halbe Nacht hab' ich geschafft' daraz und geh'nt!“

„Gilt's denn so?“

„Freilich doch, ist eine Parthie von jungen Leut'. Kennt' sie nit, da lohn's nit, zu erzählen. Und's Bettchen hat ja doch an allem was anzusehen. Sag mir bloß wie geht's auf mein Kleid, was macht' mich ganz rabiat, hör's?“

„Hab' was anzusehen, viel zu sein ist's für ein Mädchen aus dem Hans neben dem Glockenturm, heißt's aus wie eine feine Dam' und nit wie — wie eine Handwerkerin.“

„Gahaha!“ Das hübsche Mädchen dreht sich lächelnd herum. „Des Schülers kannst' mir nit sagen, was's ist? Denn ich's! Das macht' mir viel Freud'. Die Handwerkerin ist'sch ich dir, bleib da dabei, bei dem Kattun-Kleid.“

„Sie lacht herüber und stellt sich vor den Spiegel und zapft an den Falteln und dreht und wendet sich. „S'ist, wie aus Paris! Na, die werden Augen machen. Die Finke erst, die ist esch dabei. 's geht nach der Eberburg — Kaiser woll'n wir da lochen — und lustig wird's werden!“

„Kaiser und Kaiser ist's recht!“

„Ei auch, ob's thara recht ist — die hab' keine Spielverderber.“ Er nickt ihrem Nicken zu und bietet FINE die Hand. „Wenn du nit so gar ernst immer wärst, hättest' auch mit'm Bauern, ich hätt's schon auf mich genommen, wenn er'sch dich'sch Schönerin nit zu bringen. Na, Abes auch!“ wie ein Scherzreißer ist er dazwischen, nit Kater,

der mit seiner Pfeife in die Laube gegangen ist, ein Wort hin und dann flattert sie dem Parte zu.

„So sind die Eltern,“ sagt Bettchen und reicht FINE das Kind hinüber. „Ob die was anders schafft, als ihren Daz, darnach schaut keiner. Ich will nur lieber 'nauf, die Mutter kümmert sich wohl ums Offen, aber mit der Hausarbeit schaut's dann schlecht aus. Die Betten kommen liegen bis zum Abend — das macht' ihr nichts.“

„Komm bald wieder!“ sagt FINE, „recht bald.“

Die Eberburg ist der Ueberrest einer mittelalterlichen Ruine, welche zu Anfang des Jahrhunderts von einem Fürsten Jerlach zu einem Jagdschloß ausgebaut wurde. Ganz trohig steht das alte Gemäuer mit dem großen Thorbogen, einer Fallbrücke und einem runden Thurm, von dessen Zimmer man eine herrliche Aussicht hat, da Weithin über die Bergkuppen, auf grüne Matten, freundliche Dörfer und Gehöfte, anfragende Kirchthürme von Städten und auf das Silberband des Rheines schneift der Wind, wenn man zwischen den Gewölb' der Thurm-Einfassung lehnt. Es ist Anfang September und noch wunderbar warm und sonnengoldig, nur die und da beginnt das Laub sich leicht roth zu färben, trotzig haneln gegen die Finke auf.

Auf dem grünen Wiesentopf vor der Eberburg stehen von niedern Fichten umträgt Steinbänke und Tische. Hier nimmt oft die Jagdgesellschaft des Fürsten bei gutem Wetter ihren Platz, den Bewohnern Altkreis ist die Benutzung auch gestattet und zu der kleinen Küche und dem Ansehens-thura darf man sich den Schlüssel vom Kastellan anten im Schloß mit heranzufuchen. Eine Gesellschaft sitzt in früher Nachmittagsstunde jetzt an der Steinbank beim Kaffee, das Ehepaar Stemmle mit dem Sohn Ferdinand aus Hannover, die gesamte Familie Bessing, sogar das jüngst getaupte

Hannchen auf dem Arm des Kindermädchens und ein Kammerdiener der Fürstin, ein Franzose.

Große Schüsseln mit Nappstuchen stehen auf dem Tisch, Frau Bessing hat ihn geboden und nimmt mit Würde und Lächeln die Beteuerungen entgegen, daß er vortrefflich schmeckt. Man entwidelt allseitig guten Appetit und FINE und Bettchen müssen immer wieder die Tassen füllen.

„Das macht' der Weg und die gute Luft! wahrhaftig,“ sagt Vater Stemmle und blickt ganz vergnügt um sich. „Da muß ich nu Klein begeben, damit können wir Hannover'schen nit konkurrieren mit solchen Bergen und dem Rhein und so 'ner Aussicht. Ne, was wahr ist. Davon hat Anton nit zu viel erzählt — davon nit!“ — auf dem letzten davon liegt eine kleine anzügliche Betonung, über die Anton lächelt, während sie FINE das Blut in die Wangen treibt.

„Ja, es is man einmal hübsch hier,“ bestätigt Frau Stemmle, die sehr stattlich und wohlhabend ansieht in ihrem dunkelblauen Kleide mit einer buntpfarbigen Weste darin und einem Blumenhut, der auf ihren vollen Haaren sehr abreißt. „Und man is doch nu endlich mal heraus gekommen in die Welt. Man kann mal zu Hause von Reiser sprechen, wie andre Leute, man hat auch 'n Büschen gesehen.“

„Gahaha,“ lacht ihr Mann, „das hör' ich ja nu schon, wie sie auch mitpricht und ich seh's auch, wie sie denn auf den Kölner Dom rauffucht, meine gute Alte. Ich werde mir das wohl schenken, mein Gestell is nicht mehr so zum Strigen geschmiert, aber die da! Wie ich auf unsre Rheinreise auf dem Kölner Dom war — die Weiern und die Möllern und die Schulzen — na, Janne, Altsche, denen sollen die Augen übergehn!“

(Fortsetzung folgt.)